

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
5. Juli 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunbef), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Wilhelm Wolff. — Hausangestellte, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter als Stiefkinder in der Reichsversicherungordnung. Von Luise Zietz. — Von der Frauenarbeit in Preußen. I. Von Gh. — Grime für Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe. (Fortf.) — Gegen den Lebensmittelwucher. Von ed. — Die proletarische Frauenbewegung in Belgien. Von dm. — Arbeiterinnenelend im Thüringer Wald. I. Aus der Ruht. Von B. Aus der Bewegung: Hermann Goldstein † — Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der weibliche Mitgliederstand im Fabrikarbeiterverband. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.  
Notizenteil: Dienstabotsfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Kellnerinnenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Die Frau in öffentlichen Aemtern.

## Wilhelm Wolff.

Am 21. Juni hat sich zum hundertstenmal der Geburtstag Wilhelm Wolffs gefährt. Marx hat Wolff, dem „unvergesslichen Freunde, dem kühnen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats“ den ersten Band des „Kapital“ gewidmet. Engels schrieb bei seinem Tode: „Einen so eichensesten Keil, der so zum Volke zu sprechen wußte und stets im schwierigsten Moment erst recht auf dem Fleck war, bekommen wir nie wieder.“ Lassalles letztes Wort in der Öffentlichkeit galt seinem Andenken. Gätten wir kein anderes Zeugnis über die Bedeutung des Mannes und seines Wirkens für den proletarischen Befreiungskampf, die hohe Achtung und innige Freundschaft dieser drei würden davon reden, die wir als ganze Kämpfer kennen, weil sie ganze Männer waren.

Jedoch nicht allein vergangene Verdienste sind es, die heute die Aufmerksamkeit der ausgebeuteten Massen in Dankbarkeit auf diese kernige, reine Gestalt eines zielbewußten „Empörers“ wider die bürgerliche Ordnung lenken. Es sind nicht minder die Aufgaben der Gegenwart, die uns aus einer noch nicht überwundenen Vergangenheit zu lernen gebieten, um die Zukunft meistern zu können. Der Boden der geschichtlichen Verhältnisse, unter denen Wolff lebte und kämpfte, ist zurzeit noch nicht zerfallen. Daß er fester zusammenhält, als die Barrikadenkämpfer der vierziger Revolutionsstürme sich träumen ließen, kündigt uns jede Seite des zeitgenössischen Lebens. Oder wie anders ließe sich die preußische Dreiklassenschmach erklären, die kleinen bössartigen Fußtritte, die die „fortschrittlich angehauchten“ süddeutschen Regierungen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokraten versetzen, der verbrecherische Zoll- und Steuerwucher im Reiche, die Ohnmacht und Würdelosigkeit des Reichstags, die Dreistigkeiten des kaum konstitutionell verhüllten selbstherrlichen Regiments — um nur einige wesentliche Erscheinungen unserer Tage herauszugreifen.

Was aber ist es, das gestern wie heute die geschichtlichen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland kennzeichnet? Es ist der enge Pakt zwischen Bourgeoisie und Junkertum zur Niederhaltung der ausgebeuteten Massen, ein Pakt, der das Bürgertum darauf verzichten läßt, seine geschichtliche Aufgabe: Aufrichtung der bürgerlichen Demokratie, zu lösen. Es ist die

Tatsache, daß das Proletariat die Forderungen der Demokratie ohne die Bourgeoisie, ja in bitterer Feindschaft und heißem Kampfe gegen sie erringen muß.

Wilhelm Wolff, der als Sohn eines Bauern am 21. Juni 1809 zu Tarnau in Schlesien in Erbuntertänigkeit geboren wurde, „lernte die scheußliche Lage der ostpreussischen hörigen Bauern von Kindesbeinen an nicht nur kennen, sondern auch persönlich erdulden“. Mit der Muttermilch sog er den Haß gegen die ausbeuterischen übermütigen Aristokraten ein. „Seine Mutter, von der er immer mit besonderer Anhänglichkeit sprach“, so schreibt Engels, „und die eine über ihren Stand hinausragende Bildung besaß, weckte und nährte in ihm den Zorn über die schamlose Ausbeutung und niederträchtige Behandlung der Bauern durch die Feudalherren.“ Der Entwicklung der reichen Talente des Knaben stellte sich die Armut im Bunde mit dem Recht des Gutsherrn entgegen, die Söhne „seiner Bauern“ nur das Dreschen, Stallmisten und ähnliche ihm nützliche Beschäftigungen „studieren“ zu lassen. Jedoch wurden die Schwierigkeiten beider Art überwunden. Während Wolff das Gymnasium und später die Universität besuchte, war er in der Hauptsache auf das farge und bittere Brot des Privatstundengebens angewiesen. Noch ehe, daß er nach gut bürgerlicher Sitte seine Studien vollendet und sich seine Existenz gegründet hatte, stürzte er sich als „Burschenschafter“ in den politischen Kampf. Fünf Jahre lang wurde er dafür von Gefängnis zu Gefängnis und endlich auf die Festung Silberberg geschleppt, auf der damals auch Fritz Reuter seine demokratische Gesinnung büßte. Als Wolff endlich die „deutsche Freiheit“ wieder sah, mußte er, in der gehäßigsten Weise von der preussischen Bureaucratie gehetzt und schikaniert, als Privatlehrer einen harten Kampf ums tägliche Brot bestehen. Die drückende Last der Alltagsorgen vermochte seine revolutionäre Leidenschaft so wenig zu dämpfen, wie die behördlichen Verfolgungen. Der Kampf für die Freiheit blieb der Angelpunkt, die treibende Kraft seines Lebens.

Der Haß gegen das volkstüchtende Junkertum hatte seinen Blick dafür geschärft, daß die Uhr der Feudalgesellschaft abgelaufen war. Aber er machte ihn nicht blind gegen den nachrückenden anderen Todfeind der Wohlfahrt, der Freiheit der Massen: den Kapitalismus. Schlesien, Wolffs Heimatboden, war ein klassisches Beobachtungsfeld für die bürgerliche Entwicklung der Dinge. Wie in Rheinland und in Sachsen war hier in manchen Gegenden der junge Kapitalismus einer reißenden Bestie gleich in das Gehege der feudalen Ordnung eingebrochen. Mit dem Junkertum um die Wette sog er den werktätigen Massen das Mark aus den Knochen, das Blut aus den Adern. Die schauerlichen Zustände, die er zumal in den Weberdörfern schuf, trug der Aufstand von Peterswalbau 1844 mit blutigen Letzern in die Geschichte ein. Und was sie nicht einem logisch konsequenten und kühnen, wohl unterrichteten Geiste wie Wolff gelehrt hätten, das mußten ihm die Kämpfe um die Freiheit und Einheit Deutschlands künden. Sie standen im Zeichen der Feigheit und Dummheit des deutschen Bürgertums, das aus furchtgebornem Hasse gegen das Proletariat die Sache der Revolution noch während der Revolution verriet.

Wolff wurde durch seine tiefe Einsicht in das Wesen, den Gang des geschichtlichen Wandens, durch sein klares Verständnis ihrer treibenden Kräfte davor geschützt, zu den Betrogenen zu gehören. Gegen die Gefahr, zum politischen Betrüger herabzusinken, war er aber von vornherein durch die Reinheit und Selbstopferung, den edlen Stolz seiner Persönlichkeit gesichert. So kam es, daß er rasch über das Zwergmaß des bürgerlichen Demokraten hinauswuchs und den Weg zum revolutionären Sozialismus fand, der seines Wesens Gehalt zur Blüte und Reife brachte. Der leidenschaftliche Tatendrang des Bekenners, dem es darauf ankam, die Welt zu verstehen, um sie zu verändern, führte ihn mit Marx und Engels zusammen. Die lebenslängliche innige Freundschaft, die ihn mit den beiden verknüpfte, erwuchs auf dem Boden der treuesten, nie versagenden Arbeits- und Kampfesgemeinschaft. Von dem Tage an, wo Wilhelm Wolff 1846 als politischer Flüchtling die Schwelle des Emigrantenheims überschritt, das Marx und Engels in einer Brüsseler Vorstadt bewohnten, hat er bis zum letzten Atemzuge jederzeit die Tat für seine Ideale eingeseht, hat er sich als der seltene Mensch bewährt, den Marx und Engels bald in ihm schätzen lernten. In den gewitterstürmischen Tagen des Brüsseler Exils, in den sturmgepeitschten Zeiten der deutschen Revolution, in der bleiernen Atmosphäre der Flüchtlingsjahre in London und Manchester blieb er der gleich aufrechte Kämpfer.

Wo und wie immer die Sache der Revolution Kräfte bedurfte, Opfer heischte, war er zur Stelle. Als Organisator der Volksbewegung wie als Wahlagitator hat er ihr gedient, mit der Feder, mit dem gesprochenen Worte, mit der Waffe in der Hand. Er zählte zu den Mitarbeitern, welche Marx und Engels um die „Neue Rheinische Zeitung“ sammelten, und deren Namen von der geschichtlichen Bedeutung des Blattes unsterblich gemacht worden sind. Denn es war nicht bloß die erste Tageszeitung des revolutionären Sozialismus in Deutschland, sondern ein mustergültiges Beispiel, wie sich der Journalismus in den Dienst der wissenschaftlichen Erkenntnis stellen, die „Realpolitik“ des Heute organisch mit dem gewaltigen Ziele des geschichtlichen Morgen verknüpft werden kann. Wolff war der kämpfende „positive“ Tagespolitiker, und als solcher setzte er die Weisung des kommunistischen Manifestes an die Sozialisten in die Tat um, die Bourgeoisie zu unterstützen, wo sie revolutionär vorgeht. Aber er erkannte scharf das geschichtliche Sein des Bürgertums und war sich darüber klar, daß dieses vom Proletariat nur durch kräftige Fußtritte und Peitschenhiebe vorwärts getrieben werden könne, niemals aber durch die flehenden Mienen eines Bettlers oder die artigen Handküsse eines politischen Musterknaben. Gerade weil Wolffs praktische Tagesarbeit auf dem granitnen Felsen einer festgefügt wissenschaftlichen grundsätzlichen Erkenntnis ruhte, weil ihm das Endziel alles war, so zerschlug der Zusammenbruch der Bewegung nicht seiner Überzeugung das Rückgrat, so waren die grauen Elendsjahre des Exils in England außerstande, seinen revolutionären Mut zu dämpfen. Als armer, aber ungebeugter, stolzer Ritter des revolutionären Sozialismus ist Wolff am 9. Mai 1864 in Manchester gestorben.

Der Zeiten Wind ist seit mehr als einem halben Jahrhundert über das gestrichen, was Wolff, der revolutionäre Kämpfer, für der Menschheit große Dinge gegeben hat. Manches davon ist vom Sande zugeweht. Einiges aber von dem wenigstens, was er als Schriftsteller geleistet hat, ist noch heute von lebendiger Kraft. Das kämpfende Proletariat kann es daher dem Genossen Mehring nur Dank wissen, daß er diese literarische Hinterlassenschaft unter die von ihm herausgegebenen „Sozialistischen Neudrucke“ aufgenommen hat. Sie füllt ein schmales Bändchen, das in würdiger Ausstattung vorliegt\* und nur den einen Wunsch wachruft: es möchte unter die breitesten Massen dringen. Mehrings inhaltsreiche Einleitung führt zusammen mit Engels quellenreicher Biographie Wolffs in das

Verständnis der Persönlichkeit des kernigen Kämpfers und seiner Zeit ein. Von Wolff selbst sind drei Arbeiten abgedruckt: „Die Rasematten“, „Das Elend und der Aufbruch in Schlessien“ und „Die schlesische Millionäre“. Sie sind geschichtliche Male des Weges, den die ausgebeuteten Massen kämpfend zurücklegen, um aus Nacht und Not empor zum Licht, zur Freiheit zu steigen. Was die heißhungrige, vorwärtsdrängende Bourgeoisie und das nimmermüde Junkertum binnen weniger Jahrzehnte an den industriellen und bäuerlichen Werktätigen in Schlessien allein gesündigt haben, buchten sie mit furchtbarer Klarheit und Wahrhaftigkeit. Wir haben bereits in der Einleitung darauf hingewiesen, daß durchaus nicht alles Vergangenes geworden ist, was Wolff auf das geschichtliche Schuldkonto der besitzenden und herrschenden Klassen seiner Zeit geschrieben hat. In der Geschichte Deutschlands hat der Tod das Leben ergriffen. Die Bourgeoisie hat das Junkertum nicht überwunden, sondern verkommt mit ihm zusammen als die eine reaktionäre Masse, die gegen das emporstrebende Proletariat um Sein und Nichtsein kämpft. Die Ansätze zu dieser Entwicklung sind in Wolffs Arbeiten deutlich erkennbar, und so klingt aus der Charakterisierung seiner Zeit stark die Mahnung an das Proletariat hervor, nur auf die eigene Kraft zu bauen und unbeirrt seine eigenen Wege zum Endziel zu gehen. Hinter jedem Satz dieser Muster tatsachengespickter, vollständiger Agitationsliteratur steht ein ganzer Kerl mit klarem, kenntnisreichem Kopf, von heißem Grimm gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Unrecht jeder Art geschüttelt, von tiefem Mitleid mit den Leiden der Ausgebeuteten bewegt. Kein Literat, der mit Worten, Begriffen, Empfindungen geistreiche Kurzwelt treibt, ein reißiger Kämpfer, der mit wuchtigen Schlägen treffen will. Die volksfeindlichen Gewalten, denen sein Kampf galt, sind noch heute die Todfeinde der Ausgebeuteten. Setzen wir gleich Wolff in den Kampf gegen sie ein Leben der Konsequenz, eine Politik der Konsequenz ein. Die unbeugsame revolutionäre Konsequenz führt zum Siege.

## Hausangestellte, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter als Stieffinder in der Reichsversicherungsordnung.

Die Schaffung der Arbeiterversicherung in Deutschland bedeutete keineswegs die Anerkennung des Prinzips, daß die menschliche Arbeitskraft keine gewöhnliche Ware ist, sondern eine solche ganz eigener Art, an der lebendiges Menschentum hängt, und daß die Gesellschaft deshalb die Pflicht hat, den Träger der Arbeitskraft, den lebendigen, fühlenden, denkenden Menschen, möglichst vor Krankheit, Invalidität und Unfall zu schützen, falls dieses Ungemach aber doch eintritt, ihm eine weitgehende Fürsorge angedeihen zu lassen. Die Arbeiterversicherung sollte vielmehr die Proletarier dem Klassenkampf abwendig machen, sollte sie forumpieren. Was die Peitsche des Sozialistengesetzes nicht fertig gebracht hatte, sollte das „Zuckerbrot“ der Arbeiterversicherung erreichen. Jedoch wollten sich die herrschenden Klassen die Sache durchaus nicht viel kosten lassen; umgekehrt: sie gedachten die Gelegenheit zu nützen, um Armenlasten auf den „Bruder“ Arbeiter und die „Schwester“ Arbeiterin abzuwälzen. In den Motiven zur Unfallversicherung hieß es ausdrücklich, diese sei „eine Weiterentwicklung der Idee, die der Armenunterstützung zugrunde liege“.

Aus dieser Auffassung der Dinge erklären sich die vielen Mängel der Versicherungsgesetze:

der enge Rahmen, der große Gruppen der Arbeiterklasse ausschließt, und der für die einzelnen Versicherungszweige zudem noch verschieden ist;

die minimalen Leistungen;

die verkrüppelte oder gänzlich mangelnde Selbstverwaltung und anderes mehr.

Die Reichsversicherungsordnung bringt in all diesen Dingen leider keine oder nur ganz minimale Reformen, die noch oben-

\* Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff. Nebst einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

drein mit recht schlimmen Verböserungen verquickt sind. Eine Vereinheitlichung der Versicherungszweige hätte neben anderen Vorteilen die Verschiedenheit der zu erfassenden Personenkreise beseitigt. Sie fehlt, an ihre Stelle tritt nur ein einheitlicher Unterbau, der die Erledigung bestimmter Verwaltungsgeschäfte überwiesen bekommt. Die Selbstverwaltung der Arbeiter soll keineswegs bei der Unfall- und Invalidenversicherung ausgedehnt werden, wohl aber bezwecken eine Reihe von Bestimmungen, sie bei der Krankenversicherung einzuschränken. Die Leistungen der Versicherungsträger sollen nicht erhöht, wohl aber bei der Unfallversicherung erheblich geschmälert werden.

Wir verzichten in diesem Artikel auf eine eingehende Darlegung und Kritik der angezogenen Bestimmungen. Sie würde den verfügbaren Raum in einer Nummer weit überschreiten. Dagegen sei ein böser Mangel herausgegriffen, der als Folge davon auftritt, daß der Rahmen für die einzelnen Versicherungszweige so verschieden gespannt ist. Wir haben den Umstand im Auge, daß die Hausangestellten, die bisher in die Invalidenversicherung einbezogen waren, jetzt zwar auch der Krankenversicherung unterstellt werden sollen, jedoch in Zukunft wie bisher von der Unfallversicherung ausgeschlossen bleiben sollen. Ähnliches gilt für die Hausgewerbetreibenden, die bisher von allen Versicherungszweigen ausgeschlossen waren, jetzt mit samt den Heimarbeitern der Krankenversicherung unterstellt werden sollen, aber nicht der Unfallversicherung. Den Hausgewerbetreibenden kommt gleichfalls die Invaliden- und damit in Zukunft auch die Hinterbliebenenversicherung nicht zugute, und die Rechtsprechung hat den meisten Heimarbeitern die Renten streitig gemacht, da die Begriffe: „selbständiger“ Hausgewerbetreibender und „abhängiger“ Heimarbeiter keine festumgrenzten sind. Der Bundesrat, der das Recht besitzt, durch Verordnung die Invalidenversicherung auf bestimmte Zweige der Hausgewerbetreibenden oder auf alle auszudehnen, hat von diesem Recht nur für die Tabakarbeiterschaft und in beschränktem Maße für die einschlägige Textilarbeiterschaft Gebrauch gemacht. Wir sind natürlich der Meinung, daß die Hausgewerbetreibenden dem Invalidenversicherungsgesetz zu unterstellen sind und nicht erst durch Bundesratsverordnung in diese Versicherung einbezogen werden. Für mindestens ebenso notwendig halten wir die Unterstellung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter sowie der Hausangestellten unter die Unfallversicherung.

Zur Begründung unserer Forderung wollen wir uns auf ganz wenige Beispiele der bestehenden Unfallgefahren beschränken.

Soweit die Hausangestellten in Frage kommen, verweisen wir auf die Beiträge, welche die „Gleichheit“ bereits in früheren Jahrgängen zu dieser Frage veröffentlicht hat, und fügen heute nur hinzu, daß es zum Beispiel eine bittere Ungerechtigkeit ist, die Fensterputzer dem Gesetz zu unterstellen, davon aber die Mädchen und Frauen auszuschließen, die als Hausangestellte dieselbe Arbeit verrichten müssen. In Wäschereien unterstehen die Arbeitenden dem Gesetz, in den Familien dagegen nicht. Beim Treppenreinigen, Teppichklopfen, Fußbodenbohren usw. hat sich manches Mädchen Verletzungen zugezogen, die dauernd die Erwerbsfähigkeit einschränken, desgleichen beim Kochen u. a. m. Die von solchen Unfällen Betroffenen erhalten aber keine Rente, da sie nicht versicherungspflichtig sind.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sind sehr vielen Gefahren bei der Arbeit sowie beim Holen und Liefern derselben ausgesetzt. Beim Holen und Liefern, weil sie mit schweren Körben und Paketen oft stundenweite Wege zurückzulegen haben, im Winter bei fußhohem Schnee und bei Glätteis. Nicht selten kommt dabei jemand zu Fall und ist dann stets der Gefahr ausgesetzt, Arm oder Bein zu brechen, oder sonstwelche Verletzungen sich zuzuziehen. Ebenso ist bei der Arbeit Unfallgefahr vorhanden. Es sei an die Maschinennäherinnen erinnert, die sich die Nadel durch den Finger jagen, oder denen Stücke einer zerspringenden Nadel ins Auge fliegen, so daß ihre Sehkraft geschädigt wird oder ganz verloren geht. Den Webern kann der Schütze ins Auge fliegen. Korbmachern und Schuhmachern gleitet gelegentlich das Messer aus, fährt

in die Hand oder in das Bein, und dauernde Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit ist die Folge davon. Noch von vielen anderen Unfallgefahren sind die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bedroht. Sie, die am schlimmsten Ausgebeuteten, entbehren obendrein bei einem Unfall jeglicher Fürsorge. Weder des Arbeiterschutzes noch der Arbeiterversicherung sind sie teilhaftig geworden.

Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse muß es sein, nicht bloß für Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger und für Erringung eines vollen Selbstverwaltungsrechtes zu kämpfen, sondern auch nicht minder energisch einzutreten für eine Ausdehnung der Versicherungspflicht, vor allem auf die von uns genannten Arbeiterkategorien: die Hausangestellten, Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter. Luise Zieh.

## Von der Frauenarbeit in Preußen.

### I.

Wird die Männerarbeit durch die Frauenarbeit in den Fabriken verdrängt?

gh. Die Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen hatten in ihren Berichten über das Jahr 1908 unter anderem die Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit in Fabriken eingehender zu behandeln. Wenn auch die Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten oft recht dürftig und oberflächlich sind, so bieten sie uns doch hier und dort ein Tatsachenmaterial, das eine Würdigung in diesem Blatte verdient. —

In den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen Preußens waren im Jahre 1908 beschäftigt:

560 309	Arbeiterinnen über 16 Jahren,
75 093	von 14 bis 16 Jahren,
890	unter 14 Jahren,

zus. 636 292 Arbeiterinnen,

das ist etwas mehr als ein Fünftel aller Arbeiter in diesen Betrieben. Am größten ist die Zahl der Fabrikarbeiterinnen in der Textilindustrie mit . . . . . 178 180 Arbeiterinnen, in dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit . . . . . 170 934 „ in der Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel mit . . . . . 94 605 „ in der Industrie der Steine und Erden 39 238 „

Gegen das Vorjahr ist die Zahl der Fabrikarbeiterinnen etwas zurückgegangen, aber viel weniger als die Zahl der männlichen Arbeiter. Der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Arbeiter ist im allgemeinen die Folge des schlechten Geschäftsganges. Vergleichen wir dagegen die Zahlen des letzten Jahres mit den Zahlen vor drei und mehr Jahren, so haben wir eine starke Zunahme vor Augen, und zwar ist die Zunahme in der Zahl der Arbeiterinnen stärker als die Zunahme in der Zahl der männlichen Arbeiter. Wir führen die Zahlen aus den früheren Jahren nicht an, weil die Tatsache, die wir behaupten, sich überall zeigt und schon oft genug auch in diesem Blatte nachgewiesen worden ist.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß eine größere Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten noch nicht immer ein Beweis dafür ist, daß sich die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter in derselben Weise verändert hat. Die Gewerbeaufsichtsbeamten führen in ihren Berichten die Zahl der Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen nebst den darin beschäftigten Arbeitern an. In jedem Jahre aber rücken in die Zahl der Fabriken gewisse Betriebe ein, die bisher noch nicht als Fabriken angeführt waren. Auf diese Weise wird die Zahl der Fabrikarbeiter größer, ohne daß die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter größer geworden ist.

Jedoch besteht kein Zweifel darüber, daß wir auch dann, wenn wir diese Verschiebung absondern, eine tatsächliche Zunahme in der Zahl der Fabrikarbeiter behalten, und zwar eine größere Zunahme in der Zahl der Fabrikarbeiterinnen als in der Zahl der männlichen Fabrikarbeiter. Diese Tatsache wird

bestätigt auch durch die Angaben der Gewerbeaufsichtsbeamten in ihren letzten Berichten.

Zurückzuführen ist die stärkere Zunahme in der Zahl der Arbeiterinnen auf zwei Umstände: Es können gerade solche Betriebe neu gegründet oder erweitert worden sein, in denen mehr Arbeiterinnen als Arbeiter beschäftigt werden, zum Beispiel Zigarrenfabriken, gewisse Betriebe der Textilindustrie, des Reinigungsgewerbes. Oder die Betriebsleiter verwenden Frauen und Mädchen zur Verrichtung solcher Arbeiten, die bisher männlichen Arbeitern übertragen waren. Auf diesen zweiten Umstand sollten die Gewerbeaufsichtsbeamten in ihren letzten Berichten nach der ihnen gegebenen Anweisung ganz besonders eingehen.

Eine große Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten teilt mit, daß in ihren Bezirken eine Verdrängung der männlichen Arbeiter durch Arbeiterinnen in den Fabriken nicht festzustellen gewesen sei. So heißt es zum Beispiel in dem Bericht über den Regierungsbezirk Bromberg:

Über eine eigentliche Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit sind bisher hier keine Beobachtungen gemacht worden. Allerdings scheint es, daß in einzelnen speziellen Fabrikationszweigen lehthin die Frauenarbeit vorgezogen wird. So waren in gewissen Gegenden in Zigarrenfabriken vor einigen Jahren noch Männer und Frauen etwa zu gleichen Teilen an der Zigarrenmacherei beteiligt. Jetzt ist die Frauenarbeit in der Zigarren- und Zigarettenindustrie fast allgemein stark überwiegend, Männer werden besonders zur Bedienung komplizierter Maschinen, mit Packen usw. beschäftigt. Es gibt aber immer noch Orte, wo die Zigarrenmachersäle mit Arbeitern beiderlei Geschlechts besetzt sind. Naturgemäß finden im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, besonders in den Konfektionswerkstätten, mehr weibliche Arbeitskräfte Verwendung. Schuh- und Filzschuhfabriken scheinen jetzt in umfangreicherer Weise Arbeiterinnen bei den Stepp- und Nähmaschinen einzustellen. Aus einer Gewerbeinspektion wird auch berichtet, daß selbst in der Grobholzindustrie, wo früher nur Männer anzutreffen waren, seit einigen Jahren Frauen zu leichten Arbeiten, dem Ausschalen und Stapeln der Schwarten und Abfälle, herangezogen wurden. In einer bedeutenden Zigarrenkistenfabrik waren anfänglich mehr Männer als Frauen angestellt, jetzt ist das Verhältnis umgekehrt, da auch Arbeiterinnen die Spezialmaschine bedienen. In den Druckereien haben Arbeiterinnen beim Anlegen an der Druckmaschine weitere Verwendung gefunden, die eigentliche Schriftsetzerei ist bisher aber lediglich den Männern vorbehalten geblieben."

Wir haben diese Stelle des Berichtes vollständig gebracht, weil sie bezeichnend ist für die Art und Weise, wie ein Teil der Gewerbeaufsichtsbeamten die Berichte abfaßt. Zunächst versichert der Berichterstatter, Regierungs- und Gewerbeberater Beckmann in Bromberg, daß "über eine eigentliche Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit" keine Beobachtungen gemacht worden seien. Daher ist in dem Sachregister zu den Berichten dieser Bericht denn auch unter denen aufgeführt, nach denen die Verdrängung "nicht stattgefunden hat". Trotzdem muß der Berichterstatter mehrere Fälle anführen, in denen in der Tat männliche Arbeiter durch Arbeiterinnen verdrängt worden sind. Die Folge davon ist, daß derselbe Bericht im Sachregister auch noch unter den Berichten genannt wird, nach denen die Verdrängung "in geringem Umfang stattgefunden hat".

Der Berichterstatter wird seine — Methode mit der Behauptung zu rechtfertigen suchen, daß es sich in den Fällen, die er anführen mußte, nicht um eine "eigentliche" Verdrängung handelt. Diese Ausrede paßt gerade in den angeführten Fällen ganz und gar nicht. Denn hier verrichten die mehr eingestellten Arbeiterinnen tatsächlich genau dieselben Arbeiten, wie sie vordem von den männlichen Arbeitern verrichtet worden sind. Wir haben hier demnach einen Vorgang, der gar nicht anders gekennzeichnet werden kann als mit den Worten: Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit.

Andere Berichterstatter reden dann von einer Verdrängung, die eigentlich nicht eine Verdrängung sei, wenn durch Einführung von Maschinen oder neuer Arbeitsmethoden die Arbeit viel leichter oder einfacher geworden ist und sie deshalb den männlichen Arbeitern entzogen und an Arbeiterinnen ver-

geben wird. Hier kommen allerdings besondere Umstände in Betracht, die wir nicht übersehen dürfen. Trotzdem ist das Resultat der eingetretenen Änderungen doch immer das, daß Männerarbeit durch Frauenarbeit verdrängt worden ist.

Der Berichterstatter über den Regierungsbezirk Magdeburg, Regierungs- und Gewerbeberater Hirsch in Magdeburg, schreibt:

Eine Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit ist nicht bemerkt worden, abgesehen von einigen Fällen ohne allgemeine Bedeutung.

Im unmittelbaren Anschluß hieran teilt er mit: In Tischlereien werden hier und da statt Männer Frauen zum Polieren verwendet. In einer Porzellanfabrik wurde eine größere Anzahl von Drehern durch Arbeiterinnen ersetzt. In einer Fahrradfabrik wird das Löten, das früher Männer besorgten, durch Arbeiterinnen verrichtet. Eine Schuhfabrik läßt das Auspuhen der Schuhwaren nicht mehr wie bisher durch Männer, sondern durch Arbeiterinnen besorgen. Derartige "einige" Fälle finden wir aber in allen Bezirken und in den meisten Industriezweigen. Das gibt ihnen eine allgemeinere Bedeutung, denn sie üben auf die allgemeinen Verhältnisse einen bestimmten, sehr wichtigen Einfluß aus.

## Heime für Textilarbeiterinnen.

Von Martha Hoppe-Berlin. (Fortsetzung.)

In M.-Glabbach redet man schon von Arbeiterinnen. Dort bemüht man sich, weibliche Arbeitskräfte heranzuziehen. Das kündigt folgendes Plakat, welches im Bahnhof aushängt:

"Arbeiterinnen bietet sich in der Stadt M.-Glabbach, Hauptstadt der niederrheinischen Baumwollindustrie mit bedeutendem Konfektionsgewerbe, reichliche Gelegenheit zu gutem Verdienst bei mäßiger Arbeitszeit in luftigen, gesunden Arbeitsräumen. Zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen sind vorhanden. Das städtische Arbeiterinnenheim an der Paulstraße gewährt für den Preis von 0,80 Mk. pro Tag Unterkunft und reichliche, gute Verpflegung und bietet vollständigen Ersatz für das Familienheim.

Wegen Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, auch für ungelernete Arbeiterinnen, wende man sich an die städtische Arbeitsnachweisanstalt, auch weiß das städtische Arbeiterinnenheim seinen Insassen jederzeit Arbeit unentgeltlich nach.

Die Vorsteherin des städtischen Arbeiterinnenheims."

Der Hinweis auf die Wohlfahrtseinrichtungen soll der Köder sein, der Arbeiterinnen fängt. Guter Verdienst, mäßige Arbeitszeit! Wie verlockend klingt das für den, der die Textilprohen nicht kennt. Sind sie es nicht, die mit der äußersten Zähigkeit und Tücke gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen, gegen jede Erhöhung ihrer armseligen Löhne sich wehren? Man erinnere sich ihres Sturmlaufs, um die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages für die weiblichen Arbeitskräfte vom nächsten Jahre an zu hintertreiben. Als bitterer Hohn, als Schamlosigkeit erscheint da diese Verheißung an öffentlicher Stelle.

Die Arbeitsräume der Spinnereien als luftig und gesund zu bezeichnen, das kann nur ein Institut tun, das im Interesse der Kapitalistenklasse wirkt. Für den Erfahrenen wirkt daher schon das Plakat ein vielfagendes Streiflicht auf das Wesen des städtischen Arbeiterinnenheims in M.-Glabbach. Und welchen Aufschluß geben Erkundigungen über die Beschaffenheit der Unterkunft und Verpflegung in der Anstalt, die den Arbeiterinnen einen "vollständigen Ersatz für das Familienheim" bieten soll? Die "reichliche, gute Verpflegung" zwingt die im Heim lebenden Arbeiterinnen, mittags und abends noch Essen zu kaufen, wenn sie nicht hungern wollen. Deshalb bleiben auch die Mädchen nicht lange in der Anstalt. Es kommt bald eine jede dahinter, daß nur leere Versprechungen sie gelockt haben. Und doch fallen wieder und wieder unerfahrene junge Arbeiterinnen von auswärts auf die Anpreisungen hinein. Bezeichnend ist, daß auch die Aufwartefrauen im Heim über unzureichende Kost klagen und deswegen die Beschäftigung dort bald wieder aufgeben. Da diese Frauen so unverschämt sind, für ihre Arbeit sattzujessen zu verlangen, legt die Anstalt offenbar kein Gewicht

darauf, eine Kleinmachefrau zu halten. Die Pflöglinge, die elf Stunden lang im Getöse der Spinnmäle bis zur Erschöpfung geschauert haben, können abends zu ihrer Erholung die notwendigen Hausarbeiten verrichten. Das ist des öfteren vorgekommen. Durch Arbeit sich von der Arbeit erholen, das scheint überhaupt Grundsatz in allen Heimen zu sein, welche der „Wohlfahrt“ dienen sollen. Es darf den Arbeiterinnen keine Zeit zum Nachdenken bleiben, denn Nachdenken verflößt gegen die Interessen der Kapitalisten. Die Interessen der Arbeiterinnen aber wahrzunehmen, ist nicht die Aufgabe solcher Heime! Für die Errichtung des Heims durch die Stadt ist in erster Linie die Rücksicht auf die Herren Textilbarone maßgebend gewesen, nicht das Mitgefühl mit der traurigen Lage der Lohnsklavinnen, die fern von der Heimat ihrem Brot nachgehen. Durch das Heim sollte dem Mangel an Spinnerarbeiten und -arbeiterinnen in M.-Glabach abgeholfen werden. Die engen Beziehungen zwischen der Anstalt und den Unternehmern erhellen daraus, daß diese den Arbeiterinnen das Logisgeld vom Lohn abziehen, und daß die Heiminsassinnen meist als Lohnbrückerinnen dienen. Die Interessensolidarität von Kirche und Kapital wird dadurch besiegelt, daß die Arbeiterinnen im städtischen Heim unter der Aufsicht barmherziger Schwestern stehen.

Die Konfession, ob katholisch, ob protestantisch, ändert an dieser Interessensolidarität nichts. Die Spinnerei Krawinkel & Schnabel in Dieringhausen hat ein evangelisches Mädchenheim errichtet, das ebenfalls unter der Leitung frommer Schwestern und eines Pfarrers steht, der das elterliche Erziehungsrecht besitzt. Dieses Heim wird gleichzeitig auch von der Stadtverwaltung Gummersbach als Fürsorgeerziehungsanstalt benutzt. Die Folge davon ist, daß es der Firma nie an Arbeitskräften fehlt. Sie beschäftigt nur Fürsorgezöglinge und fremde Arbeiterinnen und stellt einheimische Arbeiterinnen überhaupt nicht ein. Prospekt rühmen die günstige Gelegenheit für Mädchen, lohnenden Verdienst und christliche Erziehung zu erhalten, und locken die Masse derer an, die nie alle werden. Die Mädchen müssen einen Kontrakt unterschreiben, der für drei Jahre gilt, und nach dem ein Anfangslohn von 1 Mk. pro Tag festgesetzt wird, der in drei Jahren auf 1,60 Mk. steigt. Vom Lohne gehen täglich 80 Pf. für Kost und Logis ab, der Rest wird von den Schwestern verwaltet, die alles für die Mädchen einkaufen. Diese erhalten während der drei Jahre ihres Vertrags keinen Pfennig ihres verdienten Lohnes in die Hand. Dieser wird ihnen erst nach Ablauf der Kontraktzeit abzüglich aller Unkosten und Auslagen ausgezahlt. Die Mädchen müssen abwechselnd die Hausarbeit besorgen und erhalten an den Tagen, wo dies der Fall ist, nur Kost, keinen Lohn. Die bebauenswerten Geschöpfe werden von den Schwestern zur Fabrik geführt und während der Arbeit beaufsichtigt. Am Sonntag geht es ebenfalls in geschlossenem Zuge zweimal unter Führung der Schwestern zur Kirche. Dazwischen fällt ein Spaziergang unter Abtingung geistlicher Lieder. So wird dem Volke die Religion erhalten. Die christliche Nächstenliebe diktiert in dem Heim zu Dieringhausen streng klösterliche Zucht. Wie es heißt, sollen dabei Kostentziehung und Einsperrung in eine besondere Strafzelle, Dunkelarrest und Prügel als Erziehungsmittel in Anwendung kommen. Mehr als einmal haben Mädchen versucht, sich der liebevollen Erziehung im Heim durch die Flucht zu entziehen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich drastisch, warum der Lohn einbehalten wird. Die mittellosen Mädchen werden bald wieder zurückgebracht, der Vertrag verpflichtet sie ja zu dreijähriger Sklavenarbeit bei der Firma. Die barmherzigen Schwestern haben darüber zu wachen, daß diese Zeit in jeder Hinsicht zum Nutzen des ausbeutenden Kapitals voll ausgenutzt wird. Nach Ablauf der drei Jahre sind die Mädchen unter der Zucht des Heims stupid, energielos geworden, stumpfsinniges Ausbeutungsmaterial für das Unternehmertum.

Die Textilproben haben es von jeher verstanden, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, ihre Untertanen auszunutzen und sie zu billigeren Löhnen als die einheimischen Proletarier zu

beschäftigen. Ihre besondere Sorge um das „Seelenheil“ angelodter ausländischer Arbeiterinnen ist noch immer der Deckmantel schonungslosester Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft gewesen.

Geistliche und Schwestern spielen ihnen dabei nur zu oft in die Hand. Dafür ein Beispiel aus einem anderen Teile Deutschlands. Der Tricotwarenfabrikant Jaques Schießer zu Radolfzell in Baden rührte ebenfalls durch Prospekt die Mellemetrommel für sein „gemeinnütziges Werk“. Dies „gemeinnütziges Werk“ tritt uns entgegen in Gestalt von Mädchenheimen in Radolfzell, Engen und Stockach, wo neben dem leiblichen auch für das geistige Wohl der Pflöglinge bestens gesorgt sein soll. Auskunft an Interessenten erteilten nach dem Prospekt außer den Vorsteherinnen der Schwestern in den drei Heimen auch sieben Pfarrherren. Aus der frommen Steiermark bezieht der Herr Fabrikant die meisten Mädchen, welche seine „gemeinnützigen“ Anstalten füllen. Die Glückseligkeit der Armen besteht darin, bei 12 Pf. Stundenlohn zehn Stunden täglich zu arbeiten und viele und hohe Strafen zu zahlen. Die Mädchen werden natürlich zur Sparsamkeit angehalten, und es wird ihnen begreiflich gemacht, daß sie nicht nötig hätten, in Versammlungen zu gehen, weil es ihnen so gut ginge. Als fünf Mädchen dieser Glückseligkeit entflohen und sich obdachlos meldeten, wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Wirken des edlen Menschenfreundes gelenkt. Es kam zu einem Prozeß. Das Ende vom Liede war aber nicht etwa die Schließung der Heime, sondern nur die Feststellung der Tatsache, daß einige Punkte des Prospektes der Wahrheit nicht ganz entsprächen. Der Prozeß zeigte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma in recht eigenartigem Lichte. Was das Leben und die Verpflegung in den Heimen anbelangt, so bekundeten Zeugenaussagen, was ein Unternehmer unter körperlichem und geistigem Wohl der Arbeiterinnen versteht. Die Behandlung der Mädchen ist „unter dem Hund“, hieß es da. „Freches Ding“, „Saugesellschaft“, „österreichisches Gefindel“, „Lumpenzeug“, das waren die Titulaturen, mit welchen die Arbeiterinnen bedacht wurden. Die Behandlung, die diesen zuteil ward, trieb sie fast zur Verzweiflung.

Die Nähfadensfabrik von Gütermann in Gutach im badischen Schwarzwald hat unter ihren Wohlfahrtseinrichtungen ebenfalls ein Mädchenheim. Es ist für die italienischen Arbeiterinnen bestimmt, deren Unwissenheit und Rückständigkeit zum höheren Gewinn des Unternehmertums von frommen Schwestern kultiviert wird. In den Seidenwebereien und in den Zwirnereien des Schwarzwaldes arbeiten zu Schundlöhnen Tausende von Mädchen, die ebenfalls in Heimen untergebracht sind. Sie werden in der Folge von der aufläuernden Agitation, von der Organisation kaum erfaßt. Jeder Versuch, sie zum Bewußtsein ihrer Lage zu erwecken, scheitert schon an der Hausordnung der Heime.

Nichtet euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Werken! Dieser Spruch trifft für die meisten Leiterinnen oder Leiter solcher Anstalten zu. Auch in Schwezheim, das durch den letzten „christlichen Sieg“ so berühmt geworden ist, erweist sich das Heim als eine Geißel für die Arbeiterinnen. Fromme Klosterfrauen walten dort und im Weisaaal ihres Amtes, und hinter den Fabrikatoren herrscht ein wahres Schreckenregiment. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten sind ja überall das Los der erwerbstätigen Proletarierinnen. In der Bindfadensfabrik zu Schwezheim aber werden die Arbeiterinnen nicht nur ausgebeutet, sondern obendrein noch geprügelt und vom Direktor höchst eigenhändig geohrfeigt. Der übliche Rosenamen für sie ist „Saumensch“. Wehe aber einem solchen „Saumensch“, wenn es der liebenswürdigen Einladung eines Vorgesetzten ins Privatzimmer nicht Folge leistet! Der sofortige Verlust der Arbeitsgelegenheit und der gastlichen Stätte des Heims wäre sicher die Strafe für solche Widersetzlichkeit. Denn zu den keuschen Ohren der frommen Klosterfrauen, die im Dienste des Unternehmers das Heim verwalten, dürften Klagen über Attentate auf die Sittlichkeit der Arbeiterinnen kaum dringen. Sollte das aber doch der Fall sein, so werden die Schwestern eher

geneigt sein, dem Vorgesetzten Glauben zu schenken oder die „Gefallene“ von der Schwelle zu weisen, als die ihrem Schutz anvertrauten Pflinglinge vor der sinnlichen Begierde ihrer Herren zu schützen.

Daß die Sittlichkeit der Arbeiterinnen anders zu bewerten ist, als die anderer Frauen, wenigstens vom Standpunkt der herrschenden Klassen aus, hat ja ein Richter bereits erklärt. Es geschah dies in einem Prozeß, den ein Aufseher einer Jute-fabrik angestrengt hatte, dem Schmutzigkeiten dieser Art nachgewiesen wurden. Gerade auch in den Bezirken, wo die Jute-industrie vorherrscht, haben die Heime der Textilgewaltigen die Aufgabe, den Arbeiterinnen den Weg zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu verammeln. Das kann um so leichter geschehen, als es sich dort meist um fremdsprachige Proletarierinnen handelt, die gewissenlose Agenten zu vielen Tausenden aus kulturell tieferliegenden Gegenden zur Ausbeutung für das Jute-kapital heranschleppen. Die Dienste dieser modernen Sklavenhändler müssen sehr hoch bezahlt werden. Die Beträge, die ihnen zufließen, werden natürlich durch die hochgradigste Ausbeutung auf die Schultern der angelockten Opfer gewälzt. Diese erhalten unglaubliche Schundlöhne und sind durch Kontrakt nicht nur an die Betriebe, sondern auch an die Heime gefesselt. Nicht überall in den Jutebezirken sind die „Frommen“ mit der Leitung der Heime betraut, aber die Nichtfrommen stehen ihnen in der Betätigung praktischer Nächstenliebe im Interesse des Kapitals in nichts nach. Wie gut sie alle ihrer Aufgabe gewachsen sind, beweisen die „Spargroschen“, zu denen es die Arbeiterinnen trotz der niedrigsten Löhne bringen müssen. Von der Wohnlichkeit und Annehmlichkeit der Heime, wie der Arbeiterwohnungen überhaupt, bekommt man einen Begriff, wenn man in Jutefabrikorten durch die Straßen des Arbeiterviertels geht. Grau und schmutzig wie die Fabrikanlagen selbst sind auch die Stätten, wo die Fabrikklaven Ruhe und Erholung finden sollten. Ein Blick durch die Fenster der zu ebener Erde gelegenen Zimmer belehrt, daß in diesen Höhlen geradezu alles fehlt, was zur allerdürftigsten Ausstattung einer Wohnung gehört. Die Luxusperde und Rassehunde der Herren Aktionäre und Direktoren sind sicherlich besser untergebracht als die armen Arbeiterinnen, denen der nimmerfatte Kapitalismus schon vom Kindesalter an das Mark aus den Knochen saugt. Daß die Anstalten den Namen Gefängnis eher verdienen als den eines Heims, beweisen schon die Hausordnungen. Beinahe überall befehlen sie, daß die Arbeiterinnen um 10 Uhr abends zu Hause sein müssen und keiner Organisation angehören dürfen. Sie legen also eine Beschränkung der persönlichen Freiheit fest, die obendrein den Arbeiterinnen die Möglichkeit raubt, ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten zu können. Sind die Arbeiterinnen nicht um 10 Uhr im Heim, so sind sie gezwungen, über die Zäune zu klettern, oder sie müssen gewärtig sein, als Herumtreiberinnen hinausgewiesen zu werden. Man erzählt sich in einem großen Jutebezirk, daß sich verspätende Arbeiterinnen während der ganzen Nacht ausgesperrt blieben, oder daß sie nur hineingelassen werden, wenn sie dem Wächter zu Willen sind. In sittlicher Beziehung werden gerade an die Juteproletarierinnen die empörendsten Zumutungen gestellt. Ihr Vertrag und der absolute Mangel an Varmitteln, den das Zwangssystem bewirkt, hindern sie daran, den Fabriken und Heimen den Rücken zu kehren.

In den Bezirken, wo sich die riesigen Betriebe der Wollkammereien befinden, die ebenfalls Tausende von Arbeiterinnen aller Nationalitäten beschäftigen, herrschen die gleichen Verhältnisse. Gewiß, hier beginnen sich bereits die Arbeiterinnen etwas zu regen, sie werden von Versammlungen angezogen, die sich mit ihrer Lage beschäftigen. Allein die Erfolge der Agitation sind unbedeutend. Es erklärt sich dies durch die offen ausgesprochene Furcht der Arbeiterinnen, wegen der Zugehörigkeit zur Organisation die Heime verlassen zu müssen oder so schlechte Arbeit zu erhalten, daß die intensivste Anspannung der Kräfte notwendig ist, um nur das zu verdienen, was der Aufenthalt in der Anstalt kostet. So trägt die Wohlfahrtsplage ihr gerüttelt Maß Schuld daran, daß die zugewanderten Arbeits-

kräfte in allen Bezirken der Textilindustrie die miserabelsten Löhne erhalten. Die Verpflegung im Heim sichert aber auch den Arbeiterinnen nicht einmal den Ersatz der Kräfte, die im Arbeitsprozeß verbraucht worden sind. Ein früherer körperlicher Ruin ist die Folge davon. Die Vorteile der Heime fallen nach der anderen Seite. Sie tragen das Ihrige dazu bei, daß die Nichtsteuer, die Aktionäre, die höchsten Dividenden schlucken. (Schluß folgt.)

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Die Not, die sich mit Vorliebe in Arbeiterwohnungen aufhält und sie selbst während der fetten Jahre nicht ganz verläßt, beginnt nun sich dort häuslich einzurichten. Schon sind Hunderttausende seit langen Wochen arbeits- und brotlos und wissen des Morgens nicht, wo sie des Abends ihr Haupt niederlegen sollen; Millionen müssen Lohnverkürzungen und unfreiwillige Feiertage hinnehmen. Der Wochenlohn ist um ein Viertel, ein Drittel und noch mehr zusammengeschnitten, und sorgenvoll fragen sich Arbeiter und Arbeiterinnen, wie das noch werden soll. Wie sie auch rechnen und ihr Hirn zermartern: was sie verdienen, reicht nicht, die Existenz zu sichern. Denn während die Einnahmen zurückgehen und immer unsicherer werden, stellt sich der Lebensbedarf teurer und teurer.

Zu der hohen Wohnungsmiete gesellen sich steigende Preise der Lebensmittel. Das Quantum an Fleisch, Milch, Butter und Eier, das sich die Arbeiterfamilie oder die einzelne Arbeiterin leisten kann, ist gerade groß genug — um daran zu riechen. Immer kleiner werden die Brotportionen, die die Arbeiterfrau ihren Kindern geben kann. Heines Verse „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder“ gellen ihr wie Hohn in die Ohren. Die Teuerung aller Lebensmittel wächst erschreckend. Wenn im April 1 Kilogramm Erbsen 36 Pf. kostete, so mußte die Hausfrau schon im Mai 37 Pf. dafür zahlen. 1 Kilogramm Speisebohnen kostete im April 37 Pf., im Mai 39 Pf. Linsen sind in einem Monat von 47 Pf. auf 49 Pf. gestiegen. Für das Kilogramm Erbsenbutter haben die Preise um 2 Pf. angezogen, es kostet 2,58 Pf. Das Kilogramm Weizenmehl zahlte man im April mit 38 Pf., im Mai mit 40 Pf. Weizenbrot (Semmel) kostete im April pro Kilogramm 54 Pf., im Mai 56 Pf., Roggenbrot 31 bzw. 32 Pf. Der Preis für inländisches Schweineschmalz ist von 1,67 Mk. auf 1,68 Mk. gestiegen, für ausländisches von 1,36 Mk. auf 1,37 Mk. Diese Zahlen sind amtlich festgestellt.

Es sind anscheinend nur „armselige Pfennige“, um welche der Lebensbedarf verteuert worden ist, aber das Budget der Arbeiterin, der Arbeiterfrau belasten sie schwer. Das Einkommen beider ist ohnehin schmal, so daß jedes Anziehen der Preise steigende Sorgen, steigende Entbehrungen bedeutet. Denn die Pfennige summieren sich zu Mark zusammen, mit denen die Proletarierin rechnen muß. Professor J. Wolf hat festgestellt, daß die Pfennige der durch Abgaben verteuerten Lebensmittel rund eine Milliarde Mark ergeben. Zu diesen 1000 Millionen trägt im Durchschnitt jeder Einwohner des Deutschen Reiches — die Kinder mitgerechnet — etwa 16 Mk. bei, eine Familie von fünf Köpfen also 80 Mk. Das ist ein ganz hübsches Sümmchen, mit welchem die Hausfrau so manchem Mangel, so manch dringender Not abhelfen könnte. Gibt es nicht viele Mütter, deren Kinder kein ganzes Schuhzeug haben, und andere, die darauf verzichten müssen, den Kleinen auch nur satt zu essen zu geben?

Warum mir und den Meinigen so viel Sorge, so bitteres Darben? fragt sich verzweifelt die Proletarierin. Das wird ihr klar, wenn sie lernt, über ihre vier Pfähle hinauszublicken. Sie lernt dann verstehen, daß sie und die Ihrigen Opfer einer infamen Wucherpolitik sind. Auf allen notwendigen Lebensmitteln lasten Steuern und Zölle, ganz besonders aber drücken die letzteren auf den Preis des Getreides und damit des Brotes. Die deutsche Landwirtschaft kann den Bedarf der Bevölkerung an Brotfrucht nicht decken, ausländisches Getreide muß eingeführt werden. Aus dieser Not wird ein Geschäft gemacht

auf Kosten des Volkes. Und die Nutznießer der Brotverteuerung sind ein Häuflein profitgieriger Großgrundbesitzer. Die eingeführten Lebensmittel, allen voran Getreide und Mehl, werden verzollt, und diesem Zoll entsprechend steigt der Preis der inländischen Waren. In England kennt man keine Zölle auf solche Lebensmittel, die im Lande selbst erzeugt werden, in Deutschland dagegen werden durch Abgaben Hungernotpreise für Nahrungsmittel künstlich geschaffen.

Am Brot machen die Agrarier außerdem noch ein Extragegeschäft. Nicht bloß der Zoll treibt die Preise des Getreides in die Höhe und vermehrt ihren Profit um Millionen, sondern auch das sogenannte Einfuhrscheinsystem, das auf die Ausfuhr des einheimischen Getreides eine Prämie setzt. Mag die Ernte in Deutschland noch so reich sein, so hat das wenig oder gar keinen Einfluß darauf, die Preise der Brotfrucht zu verbilligen. Hat die Natur einen reichen Erntesegen über Deutschland ausgegossen, so führen die Herren Großgrundbesitzer um so größere Massen Getreide ins Ausland. Ist aber dort im Gegensatz zu Deutschland die Ernte schlecht ausgefallen, so geschieht das erst recht, und die Preise für Korn, Weizen, Mehl und Brot steigen bei uns desto mehr. Erntesegen wird also gleichbedeutend mit Teuerungspreisen. Das Jahr 1908 beweist dies deutlich. Es brachte Deutschland eine gute Ernte, besonders der Roggen war herrlich gediehen, der Weizen stand weit über dem Durchschnitt. Was hatte aber das arbeitende Volk davon? Etwa billigeres Brot? Im Gegenteil. Da nämlich die Welternte schlechter als in Deutschland ausgefallen war, und der liebe Gott den Roggen in Rußland hatte sehr knapp werden lassen, so schnellten bei uns die Roggenpreise derart in die Höhe, daß die armen und kleinen Leute schwer bedrängt wurden, den Agrariern aber das Herz im Leibe lachte. Diese patentierten Patrioten hatten nichts Eiligeres zu tun, als den heimatischen Segen an das meistbietende Ausland zu verschachern. Nach Holland, Skandinavien, nach den russischen und finnländischen Ostseehäfen wurde deutscher Roggen geschafft. Das war besonders einträglich dank dem System der Einfuhrscheine. Das sichert für jede Tonne ausgeführten deutschen Getreides 50 Mk. Prämie. Und welcher Agrarier würde sich zweimal sagen lassen, sie einzusäckeln? Ob auch durch ihre Manipulation der „vaterländische“ Markt von Getreide entblößt, ein künstlicher Mangel geschaffen wird, was schiebt das die modernen Raubritter? Sie reiben sich vergnügt die Hände. Daß Millionen von Arbeitern, Handwerkern und anderen kleinen Leuten samt ihren Familien durch die künstlich erzeugten Notstandspreise einer chronischen Unternahrung ausgesetzt werden, daß ihre Gesundheit dabei zugrunde geht, was will das für diese Edlen sagen? Die Hauptsache ist, daß der agrarische Geldbeutel immer straffer wird.

Wohin soll es angesichts dieser Lage der Dinge führen, fragen sich denkende und sorgende Proletarier, wenn die besitzenden Klassen ihre Drohungen wahr machen und dem Volke zu den Lasten, die es bereits trägt, 400 Millionen neue Abgaben aufhalsen? Bier, Tabak, Kaffee, Tee und Branntwein, ja sogar die Zündhölzchen sollen noch höher versteuert und verteuert werden. Und geht es, wie die schlimmsten Reaktionäre wollen, so wird die geplante Mühlenumsatzsteuer auch das schon teure Brot im Preise noch mehr in die Höhe treiben. Sollen sich in Zukunft die Arbeiter und die Ihren vielleicht mit dem Dufte des Brotes begnügen, das für die Agrarier, Zentrumspaffen und den bürgerlichen Rest gebaden wird?

Zu den schon bestehenden Abgaben neue 400 Millionen Mark! Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Abgabenlast jedes einzelnen im Durchschnitt um weitere 6,60 Mk. vermehrt werden würde. Wie alle indirekten Steuern, würde auch die neue Bürde von 400 Millionen Mark am schwersten die besitzlose, also die arbeitende Klasse belasten. Gerade die indirekten Abgaben, welche den unentbehrlichen Lebensbedarf verteuern, stehen in schroffstem Gegensatz zu den Einnahmen der werktätigen Masse. Bereits heute, ehe die neue Riesenlast beschlossen worden ist, muß jeder Arbeiter, der ein Jahres-

einkommen von 1000 Mk. aufweist, 65 Mk. indirekter Abgaben zahlen. Mehr als der zwanzigste Teil seines so sauer Erworbenen fließt somit in den Staatsfädel, und noch viel größer ist der Teil seines Verdienstes, den ihm die Agrarier mittels der Bucherpreise für Lebensmittel abknöpfen.

Die Lage ist außerordentlich ernst. Von einem Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens ist wenig zu spüren; die Krise scheint noch andauern zu wollen. Um das Maß voll zu machen, sind überdies die Ernteaussichten sehr schlecht. Da ein großer Teil des vorjährigen Ernteertrags ins Ausland geführt worden ist, so müssen sich die arbeitenden Massen auf eine Teuerung gefaßt machen, wie sie seit Jahren nicht dagewesen ist. Was aber eine derartige Teuerung an Sorgen, Entbehrungen und Elend aller Art im Gefolge hat, das weiß jeder Arbeiter nur zu gut, das hat so manche Arbeiterfrau und Arbeiterin schon am eigenen Leibe erfahren.

Wer trägt die Schuld an der Not der Gegenwart und an den drohenden Plagen der Zukunft? Die besitzenden Klassen, ihre politischen Parteien und ihre Regierung? Zweifellos. Aber die ausgebeuteten Massen sind Mitschuldige. Zu lange haben sie gefrondet, gelitten, geschwiegen. Zu wenig haben sie gedacht, gewollt, gehandelt und gekämpft. In Sklavendemut und Beschränktheit haben sie sich mit ihrer Lage als mit einem unabänderlichen Lose abgefunden. Hand aufs Herz, gerade die Mehrzahl der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen hat in dieser Beziehung viel gesündigt. Durch ihre Indifferenz, durch ihre Gleichgültigkeit für alles, was mit der Politik zusammenhängt, haben sie mit dazu geholfen, daß die Besitzenden und Herrschenden den Ausgebeuteten das Fell über die Ohren ziehen konnten. Sie sind dadurch zu Feinden ihrer selbst und der Ihrigen geworden. In der Tat: haben die proletarischen Frauen genügend gefragt und geforscht nach den Quellen ihres Elends, haben sie sich genügend darüber aufgeklärt, was die „Welt in ihrem Bau zusammenhält“, haben sie sich mit aller Kraft aufgelehnt gegen die erniedrigende Rolle des Ambosses, die die besitzenden Klassen ihnen wie allen Habichtstien zuweisen? Nur erst zum kleinsten Teil.

Leider ist für die Mehrzahl der arbeitenden Frauen die Politik noch immer ein Nährmichnichtan, ein Buch mit sieben Siegeln. Doch Not lehrt denken, auch politisch denken und handeln. Das sprach vor mehr als hundert Jahren Frau Condorcet aus, die während der großen französischen Revolution eine nicht unbedeutende Rolle in der Politik gespielt hat. Als ihr der damalige General Bonaparte erklärte, er „liebe es nicht, wenn Frauen sich mit Politik beschäftigen“, erwiderte sie ihm ebenso schlagfertig wie zutreffend: „In einem Lande, General, in dem man den Frauen die Köpfe abschneidet, ist es ihr gutes Recht, zu wissen, warum dies geschieht.“ In einem Lande, in dem die kapitalistische Wirtschafts- und Staatsordnung die Frau ausbeutet, aushungert, ihr ihre Rechte als Mensch und Frau vorenthält, ihr das Beste raubt, was das Leben erst lebenswert macht, ist es ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht, zu forschen und zu wissen, warum das geschieht. Darum auf, Frauen des werktätigen Volkes, kümmert euch um das politische Leben, handelt im politischen Leben. Ihr könnt es, wenn ihr wollt. Eure Vertreter im Reichsparlament, die sozialdemokratischen Abgeordneten, haben eine Interpellation eingebracht, in der sie die Forderung erheben, daß die Zölle auf Brot sofort aufgehoben, daß die Einfuhrscheine, diese verschämte oder richtiger unverschämte Liebesgabe an die Junker, sofort beseitigt werden. Sie haben euch damit die politische Lösung des Augenblicks gegeben. Sie lautet: „Fort mit den Zöllen und Einfuhrscheinen!“ Nehmt die Lösung auf und helft durch eure Stimme und eure Aufklärungsarbeit die Volksbewegung stärken, welche sich gegen die schändliche Politik erhebt, welche die Taschen der Reichen und Sehrreichen auf Kosten der Not der Armen füllt. Es ist die höchste Zeit! In den Kampf gegen den Lebensmittelwucher!

ed.

## Die proletarische Frauenbewegung in Belgien.

I. K. Die belgische Arbeiterpartei scheint sich im allgemeinen bei den ausländischen, insbesondere bei den deutschen Genossen und Genossinnen eines manchmal äußerst sympathischen Interesses erfreuen zu dürfen wegen der Einheitlichkeit ihrer politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation, wegen des frischen revolutionären Schwunges ihrer 1893 und 1902 mit Hilfe von Massenstreiks durchgeführten Wahlrechtsbewegungen, wegen einer Anzahl von anderen Charakterzügen noch, die dieser Arbeiterbewegung eigen sind, die sich spontan, rasch und machtvoll emporgerungen hat. Wir Belgier sind sehr stolz auf diese Anerkennung der Leistungen unserer Arbeiterpartei. Wollen wir uns ihrer jedoch wirklich würdig zeigen, so dürfen wir neben den hervorgehobenen Zügen auch die Schattenseiten unserer Bewegung, die Schwächen unserer Organisation und die Fehler unserer Taktik nicht zu verhehlen suchen. Daß wir dazu leider in erster Linie die noch rückständige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und den Mangel an prinzipiell sozialdemokratischer Schulung der Parteigenossen rechnen müssen, dürfte jedem unserer deutschen Freunde und Freundinnen aufgefallen sein, die Gelegenheit hatten, sich mit den belgischen Verhältnissen auch nur einigermaßen vertraut zu machen. Auf diese Erscheinungen und ihre historischen Ursachen einzugehen, würde uns über den Rahmen dieses Artikels hinausführen. Wir haben uns für heute zur Aufgabe gestellt, durch eine kurze Schilderung der proletarischen Frauenbewegung Belgiens die deutschen Genossinnen mit einer weiteren Schwäche der belgischen Arbeiterbewegung bekannt zu machen, mit einer Schwäche, die gewiß nicht am wenigsten zu bedauern ist. Denn um es gleich zu gestehen: von einer sozialistischen Frauenbewegung kann in Belgien noch kaum die Rede sein, oder genauer gesagt, soweit überhaupt organisatorische Ansätze zu einer solchen vorhanden sind, sucht sie noch ihren Weg und ist dabei schon manchmal auf Irrwege geraten.

Aus dem jetzigen Stande der ökonomischen Entwicklung Belgiens läßt sich die Rückständigkeit seiner proletarischen Frauenorganisation gewiß nicht erklären. An der riesenhaften industriellen Entwicklung des Landes, die sogar die des Deutschen Reiches übertrifft, hat das weibliche Proletariat einen sehr großen Anteil. Die letzte Berufsstatistik Belgiens (vom 31. Oktober 1896) gibt an, daß insgesamt 270000 Frauen in Industrie und Gewerbe erwerbstätig sind, nur dreimal weniger als die 685000 männlichen Arbeiter. Natürlich werden heute, nach zwölf Jahren, diese Zahlen beträchtlich gestiegen sein, und es dürfte sich auch das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenarbeit zugunsten der letzteren verschoben haben.

Von den 225000 industriell tätigen Proletarierinnen arbeiten 25000 hauptsächlich im Tageslohn bei Privaten, 7000 helfen ihren als Unternehmerinnen gezählten Müttern oder Schwestern, 76000 sind Heimarbeiterinnen für Fabriken oder Manufakturen, davon 50000 in der Spitzen- und Tüllfabrikation, 8500 in verschiedenen Branchen der Bekleidungsindustrie, 8000 in der Textilindustrie, 3500 in der Handschuhmacherei, 2500 in der Strohschleuderei, 1500 in der Schuhstickerei, 2000 in verschiedenen anderen Gewerben. Die übrigen 117000 Frauen und Mädchen arbeiten in Fabriken und Werkstätten, und zwar:

in der Textilindustrie (Glachs 13000, Wolle 9000, Baumwolle 7500, verschiedene 8500) . . . . .	38000
• • • • • Schneiderei und Puhmacherei . . . . .	25000
• • • • • den Bergwerken (nicht unter Tag) und verwandten Industrien . . . . .	9700
• • • • • der Wäscherei und Plätterei . . . . .	6000
• • • • • den keramischen Industrien . . . . .	4000
• • • • • der Glasindustrie . . . . .	3000
• • • • • Papierindustrie . . . . .	2800
• • • • • Tabakindustrie . . . . .	2500
• • • • • den anderen Industrien mit je weniger als 2000 Arbeiterinnen . . . . .	22000

Man dürfte kaum zu hoch greifen, wenn man heute die Zahl der in Fabriken und Werkstätten ausgebeuteten Arbeiterinnen auf mindestens 140000 schätzt. Sie sind es, die für die Gewerkschaften zunächst als organisationsfähig in Betracht kommen.

Nach der letzten veröffentlichten Statistik der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der freien Gewerkschaften für das Jahr 1906 waren 5460 von ihnen in den sozialdemokratischen, freien Gewerkschaften zusammengeschlossen, außer denen es nur noch einige wenig bedeutende klerikale Organisationen gibt. Sie verteilten sich wie folgt: In der Textilindustrie 4976 (neben 9887 Männern), also 13 Prozent der in Fabriken und 5 Prozent der insgesamt als Lohnarbeiterinnen beschäftigten Textilarbeiterinnen; in der Schneiderei 70 (neben 715 Männern), das ist 0,02 Prozent der in Werkstätten und 0,01 Prozent der insgesamt als Lohnarbeiterinnen beschäftigten; im Buchbindergewerbe 200 (neben 857 Männern); in der Lithographie 60 (neben 274 Männern); in der Tabakindustrie 94 (neben 1825 Männern), gleich 4 Prozent aller in Betracht kommenden Arbeiterinnen; in der Metallindustrie 8 (neben 17153 Männern); im Schriftsetzergewerbe 50 (neben 2452 Männern); in den Lederbearbeitungsgewerben 2 (neben 198 Männern). Insgesamt sind also etwas unter 4 Prozent der zum meist organisationsfähigen und 2 Prozent aller Lohnarbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist also im Verhältnis zur Zahl der gewerblich tätigen Proletarierinnen überhaupt wie auch im Verhältnis zu jener der organisierten männlichen Arbeiter noch sehr gering.

Dieser Stand der Dinge ist zugleich Ursache und Folge der jämmerlichen Entwicklung der spezifisch politischen sozialistischen Frauenbewegung in Belgien. Folge insofern, als eine starke politische Agitation unter den Frauen zweifellos eines der besten Mittel wäre, diese auch der Gewerkschaftsorganisation zuzuführen — Ursache insofern, als ihrerseits normalerweise die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen den Kern oder zum mindesten das Rekrutierungsmilieu der politisch-sozialistischen Frauenbewegung bilden sollten.

Der wichtigste, allgemeine Grund für diese Erscheinungen ist wohl in der besonders niedrigen Bildungsstufe des weiblichen Proletariats in Belgien zu suchen. Der Unterricht in diesem Lande, wo der Kapitalismus seit Jahrhunderten noch ungehinderter als anderswo geschaltet und gewaltet hat, ist — man könnte fast sagen: selbstverständlich — noch weit erbärmlicher für die weibliche Volkjugend als für die männliche. Wenn man bedenkt, daß Belgien nicht einmal die Volksschulpflicht hat und von allen Kulturstaaten, mit Ausnahme von Rußland, den stärksten Prozentsatz von Analphabeten unter den Rekruten aufweist, so wird man es begreiflich finden, daß die große Mehrheit der arbeitenden belgischen Frauen für die schriftliche Gedankenpropaganda unzugänglich ist, weil sie entweder nicht lesen oder das Gelesene nicht verstehen kann. Der in diesem Lande noch so mächtige Klerikalismus trägt natürlich nicht wenig dazu bei, die Massenverblömmung zu erhalten und womöglich zu vermehren.

Daneben aber gibt es noch besondere Gründe für die Schwäche der politischen Frauenbewegung, die in der äußeren und inneren rückständigen Entwicklung der belgischen Arbeiterbewegung überhaupt zu suchen sind. Aber ehe wir darauf zu sprechen kommen, wollen wir einen Blick auf die Geschichte und den heutigen Stand der politischen Frauenbewegung selber werfen.

Diese ist verkörpert in der 1901 gegründeten Nationalföderation der sozialistischen Frauen. Sie ist als Ganzes der Arbeiterpartei angeschlossen, ebenso wie ihre Ortsgruppen den örtlichen „Arbeiterföderationen“ (die alle politischen, genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen Gruppen, die Jungen Garden, die Kunst-, Vergnügungs- und Sportvereine usw. umfassen) angegliedert sind. Sie ist insolgedessen ebenso wie die anderen großen Nationalföderationen (Gewerkschaftsverbände, Junge Garde usw.) im Nationalrat der Partei vertreten, und zwar zurzeit durch Genossin Tillmans, die Sekretärin der

Nationalföderation. Nach ihrem 1902 beschlossenen Statut sollte die Nationalföderation der sozialistischen Frauen alljährlich eine Landesversammlung abhalten, jedoch haben bisher diese Tagungen nur nach zwei oder drei Jahren stattgefunden. Der letzte Jahreskongress wurde zu Weihnachten 1906 abgehalten. Da die Beiträge an die Nationalföderation — 10 Centimes (8 Pf.) pro Mitglied im Jahre — sehr unpünktlich eingehen, ist eine genaue Abschätzung der Zahl der politisch organisierten Frauen nicht möglich. Sie dürfte jedoch kaum 300 betragen. Lokalgruppen gibt es außer in Brüssel nur noch in den flämischen Orten Gent, Leedeberg, Gentbrugge, Antwerpen, Ronse, Nalft, Meenen und Kortryk. Die einzige Ortsgruppe des wallonischen Landesteils, Wanseele-Baulet, ist eingegangen. Schon daraus, daß die Organisation nur in Flandern festen Fuß gefaßt hat, geht hervor, daß der niedrige Bildungsgrad des weiblichen Proletariats nicht der einzige Grund ihrer Schwäche ist, denn gerade in Flandern ist es mit der Volksbildung am aller-schlechtesten bestellt. Dagegen ist hier die Partei ebenso wie die Gewerkschaftsorganisation relativ stärker, und es herrscht in ihr im allgemeinen, dank dem Einfluß des sprachverwandten Deutschland und der deutschen Sozialdemokratie, ein besserer Geist als in den wallonischen (französisch sprechenden) Landesteilen, die vor allem die Schwächen und Gebrechen des französischen Sozialismus aufweisen.

Die Föderation verfügt über ein flämisches monatliches Organ, „De Stem der Vrouw“ („Die Stimme der Frau“) und hatte bis zum vorigen Jahre auch ein französisches, „La Femme Socialiste“, das jedoch sein Erscheinen wegen der zu gering gewordenen Leserszahl einstellen mußte. Die Auflage schwankte immer zwischen 500 und 1000 Exemplaren im Monat, die Abonnentenzahl zwischen 200 und 350. Die „Stem der Vrouw“ wird durchschnittlich in 1000 Exemplaren aufgelegt.

Wenn der Stand der sozialistischen Frauenbewegung in Belgien demnach im allgemeinen nicht gerade glänzend ist, so ist er es am allerwenigsten im Laufe des vergangenen Jahres gewesen. Die Nationalföderation besteht eigentlich nur noch auf dem Papier. Auf dem letzten Kongress der Arbeiterpartei ist sogar zum erstenmal der übliche Bericht ihrer Sekretärin unterblieben, die Frauenbewegung ist daher dort überhaupt nicht erwähnt worden. Von keiner einzigen Ortsgruppe kann man sagen, daß sie sich eines regen Lebens erfreut. Es fehlt zwar nicht an gutem Willen, aber an geeigneten persönlichen Kräften zur Leitung der Organisation und der Erziehungsarbeit. Die Gruppe in Brüssel hat sich im Oktober 1908 aufgelöst und den Übertritt ihrer Mitglieder in die allgemeine Parteiorganisation beschlossen, die den weiblichen Mitgliedern besondere Vergünstigungen in bezug auf die Beitragsleistung usw. gewährt hat. Aber auch in Flandern ist die Organisation sehr zurückgegangen, und zwar vor allem deshalb, weil sie unter der Führung des ehemaligen Redakteurs der „Stem der Vrouw“ ein paar Jahre lang völlig auf die Abwege der bürgerlichen Frauenrechtelei geraten ist. Bei dem Mangel an ernsthafter prinzipieller Erziehungsarbeit in der belgischen Arbeiterbewegung überhaupt ist es kein Wunder, daß dies möglich war. Am Ende war die „Stem der Vrouw“ durch die „Los von den Männern-Färbung“, die sie unter dem Einfluß einer kleinen Gruppe bürgerlicher Damen erhalten hatte, eher ein Hemmnis als ein Kampfmittel für die proletarische Frauenbewegung geworden. Als dann nach dem Internationalen Kongress zu Stuttgart die Redaktion dessen Beschlüsse zum Frauenwahlrecht in der fleißigsten Weise herunterriß, die Loslösung von der „Männerbewegung“ und den Anschluß an die „allgemeine Bewegung zur Befreiung des weiblichen Geschlechts“ predigte, wurde das Spiel unserer Genossen allzubunt: sie machten dem Redakteur und seinem Mitarbeiterinnenstab klar, daß ihr Platz nicht in der Arbeiterpartei sei, und setzten eine neue sozialistische Redaktion ein. Diese energische, aber leider viel zu spät ergriffene Maßregel hatte eine bedeutende Steigerung der Leserszahl des Blattes zur Folge und wird hoffentlich auf die Dauer auch einen bedeutenden Fortschritt der Organisation zeitigen, die einstweilen noch ziemlich daniederliegt. Aber immerhin — durch die „geistige

Reinigung“ ist zum allermindesten ein Hindernis aus dem Wege geräumt, das bisher jeden Fortschritt der proletarischen Frauenorganisation unmöglich machte, oder richtiger jeden möglichen Fortschritt in sein Gegenteil umwandelte.

Bedeutende und dauernde Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung in Belgien werden jedoch so lange nicht verwirklicht werden können, bis sich in der Arbeiterpartei selber wichtige materielle und geistige Änderungen vollzogen haben. Zunächst in materieller Beziehung: wenn die Agitations- und Erziehungsarbeit unter den Frauen Früchte tragen soll, so müssen dafür Kräfte erhalten und Mittel aufgewendet werden, wie sie allein die Partei- und die Gewerkschaftsorganisation aufzubringen imstande sind, aber auch sie beide erst dann, wenn sie sich von den noch heute vorherrschenden föderalistischen Anschauungen befreit und zentralistisch organisiert haben werden. Viel wichtiger ist es aber noch, daß der Geist unter den Parteigenossen sich ändert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Irrungen und Wirrungen wie die der „Stem der Vrouw“ unmöglich gewesen wären, wenn nicht die Mehrheit der Parteigenossen durch ihre Gleichgültigkeit den Vorwurf in der Tat einigermaßen gerechtfertigt hätten, daß „die Frauen von den Männern nichts zu erwarten haben“, wie das Blatt immer verkündete. Das gilt besonders für die Frage des Frauenwahlrechts. In Belgien liegen die politischen Verhältnisse infolge einer Menge von Umständen, die zu verwickelt sind, als daß wir hier darauf eingehen können, heutzutage so, daß die regierende liberale Partei von dem einen Tag zum anderen in die Lage kommen kann, das Frauenwahlrecht oktroyieren zu müssen, als das einzige Mittel, um ihre ernsthaft bedrohte Herrschaft zu verlängern. Die Liberalen haben das mehrmals im Parlament und in ihrer Presse als eine Drohung ausgesprochen. Als eine Drohung könnte es auch der Liberalismus auffassen, denn die Frauenstimmen würden auf mehrere Jahre hinaus eine liberale Majorität sichern und damit seine Hoffnungen auf die Regierungsherrschaft zerstören. Eine Drohung kann das aber niemals für die Sozialdemokratie sein, sondern nur die willkommenen Botschaft, daß ihr das Mittel geboten werden soll, um gründlicher und allgemeiner als bisher ihre Mission zu erfüllen: die Erweckung des ganzen Proletariats zum Klassenbewußtsein. Es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß trotz aller einstimmig angenommenen Kongressbeschlüsse eine große Anzahl unserer Parteigenossen unter dem Einfluß der bürgerlich-demokratischen Gedankenwelt die Einführung des Frauenwahlrechts fürchten. Wenn das nicht wäre, so hätte die Partei längst die Situation ausnützen sollen, die vielleicht mehr als je der Erlangung des Frauenwahlrechts günstig ist; sie hätte eine entsprechende Agitation einleiten müssen. Die dringendste Aufgabe der belgischen Frauenbewegung ist jetzt, neben der unentbehrlichen Kleinarbeit zur Stärkung ihrer Organisation und zur Besserung ihrer Presse dafür zu sorgen, daß eine ernste allgemeine Agitation zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen die Liberalen möglichst bald zwingt, ihre „Drohung“ zu verwirklichen. Nur in einem solchen Kampfe kann sie die Kraft erlangen, die ihr bisher gefehlt hat. dm.

## Arbeiterinnenelend im Thüringer Wald.

### 1. Aus der Ruhla.

Ruhla, kurzweg die „Ruhl“ genannt, ist seit alters her durch seinen Gewerbesleiß bekannt. Das Städtchen zieht sich in einem engen Tale über sechs Kilometer weit hin, durch den „Erbstrom“, einen kleinen Bach, in die weimarische und gothaische „Ruhl“ getrennt. Waffen- und Nagelschmiede machten in früheren Jahrhunderten die Ruhla berühmt. Unbekannt dürfte die Sage vom „Schmied von Ruhla“ sein. Mit dem Aufschwung der modernen Industrie hat sich auch in der Ruhla gar vieles geändert, wenn auch die „Mähler“ von den alten vollstümlichen Sitten und Gebräuchen noch mancherlei bewahrt haben. Wie fast überall in den Tälern des Thüringer Waldes, so erklingen auch hier an lauen Sommerabenden die alten Volksweisen. Nach getaner Arbeit wandern die jungen Mädchen auf den Straßen einher und lassen ihre

Vieder erklingen. Trotz der schweren Fabrikarbeit, in der der größte Teil der gegenwärtigen Generation der „Mühler“ frondet, hat sich das Böllchen eine Lebenslust und einen Frohsinn bewahrt, die mit den Alltagsorgen im größten Kontrast stehen. Unheimelnd klingen die Melodien, aber — der Text! Als ich im letzten Winter einmal nach der Ruhl fuhr, befanden sich im gleichen Abteil von Wutha ab eine Anzahl junger Mühler Mädchen. Drei Berliner Winterportfege suchten mit den Mädchen anzubändeln. Die Mädchen lachten und scherzten und begannen im Mühler Dialekt zu singen:

Kommt hear, kommt hear, eu liewen Keng,  
Hütt soa's in allen Eaden Keng;  
Mät machen uns änn reachten Spaosß,  
Nenn Spreenger laoff me los,  
Komm Dörichen, Maoschen, komm Lisett,  
Daosß jeder Hans hütt fengt si Grät,  
Wellmine, Raothrin, kommt eu Keng,  
Mät wonn hütt feng unn Spreng.

Die Sportfege horchten verwundert auf. Nun erklang es weiter:

In Himmel es net hab so schön,  
Un alles gilt die höchsten Tön;  
Nenn allen Spreenger taanzt me hie,  
Dao lacht änn 's Herz in Li.

Da flüsterten die Herrlein sich zu: „Das klingt ja gerade wie dänisch!“ Tatsächlich muß man aufpassen wie ein Hestelmacher — so heißt es zu Lande —, wenn man den Dialekt der Mühler verstehen will. Schon in den dicht bei Ruhla gelegenen Orten, die gar manches von der Ruhl haben, ist der Dialekt ein vollständig anderer. Dabei arbeiten viele hundert Männer und Frauen der umliegenden Orte jahrein jahraus in der Ruhl. Die Pfeifenfabrikation, Meerschamschnitzerei, Stuis- und neuerdings die Uhrenfabrikation beschäftigen mehrere tausend Menschen. In der im Orte befindlichen größten Uhrenfabrik werden gegen 500 Arbeiterinnen beschäftigt, von denen der dritte Teil unter 18 Jahre alt ist. So manches junge Mädchen hat dort schon ein Fingerglied eingebüßt. Stundenweit kommen die Arbeiterinnen am Morgen her. Meist ein einfaches Tuch über den Kopf geschlagen, und fast jede in dem alten Thüringer Kindermantel, der gewöhnlich von dunkler Farbe ist. Die alten soliden Faltenröcke sind selten durch neomodische Kleider verdrängt. Eine Schraubenfabrik mit elektrischem Betrieb verwendet ebenfalls eine größere Anzahl Arbeiterinnen. Diese polieren, stanzen, kurz, sie werden zu allen Arbeiten herangezogen, die anderwärts von männlichen Arbeitskräften verrichtet werden. Von einer anderen Fabrik, wo elektrische Bedarfsartikel fabriziert werden, gilt das gleiche. Die Arbeitszeit ist eine zehn- bis elfstündige, zu der sich noch für einen großen Teil der Arbeiterinnen, die auswärtig wohnen, morgens und abends ein Weg von ein bis zwei Stunden fügt. Und damit nicht genug. Die Arbeiterinnen frouen dann noch zu Hause mehrere Stunden im Dienste der Heimarbeit. Die weibliche Arbeitskraft wird in der Ruhl der männlichen stark vorgezogen. Das hat seinen Grund in den niedrigen Löhnen für Frauenarbeit. Die Mädchen werden pro Woche mit 8 bis 10, seltener schon mit 11 und 12 M. abgeseift. Die Behandlung ist bis auf seltene Ausnahmen nicht gerade schlecht. Es erklärt sich das dadurch, daß bei gutem Geschäftsgang die weiblichen Arbeitskräfte nicht allzu reichlich vorhanden sind, und daß trotz ihrer sehr großen Untmütigkeit die Waldmädchen sich Grobheiten nicht gefallen lassen. Leider muß konstatiert werden, daß von einer Organisation unter diesem Teile des weiblichen Proletariats bisher noch keine Rede war. Die Frauen und Mädchen legen eine geradezu beispiellose Gleichgültigkeit den politischen und wirtschaftlichen Fragen gegenüber an den Tag. Während der männliche Teil der Arbeiterchaft in der Ruhl politisch und gewerkschaftlich leidlich gut organisiert ist, mangelt es den Arbeiterinnen noch sehr stark an der Erkenntnis, daß sie sich gleichfalls der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie anschließen müssen. Wie nötig täte nicht gerade ihnen Wissen und Macht, Aufklärung und Zusammenschluß. Machen sich doch die Spuren der Degeneration, eine unverkennbare Folge der Fabrikarbeit, mehr und mehr bemerkbar. Immer größer wird die Zahl der Arbeiterinnen, auf deren Wangen die blühenden Rosen der Jugend verbleichen, immer größer die Zahl derer, an deren tiefliegenden, matten Augen man erkennt, daß sie zum weiblichen Fabrikproletariat gehören. Noch vor ein paar Jahrzehnten waren die Mädchen aus der Ruhl und den umliegenden Ortchaften durch ihr kräftiges, vor Gesundheit strotzendes Aussehen, gepaart mit Lebenslust und Freude, ohne weiteres erkennbar. Nur die Lebenslust und Freude ist den Arbeiterinnen zum großen Teile noch erhalten geblieben. Noch ein paar Jahrzehnte

weiterer kapitalistischer Entwicklung und Auspowerung der Habenichtse und — auch die letzten Spuren der Eigenart der Arbeiterinnen in der Ruhl werden verschwunden sein. Je gleichgültiger die Arbeiterinnen der Organisation gegenüberstehen, je rascher werden schon in der frühesten Jugend Not und Sorgen an Stelle von Lebenslust und Frohsinn treten. Möge der Gedanke der Organisation unter den Arbeiterinnen der Ruhl und Umgegend recht bald festen Fuß fassen.

B.

## Aus der Bewegung.

**Hermann Goldstein †.** Am 14. Juni haben wir einen unserer Besten und Treuesten verloren. Hermann Goldstein ist im Krankenhaus zu Dresden schwerem Leiden erlegen. Jahrzehntelang ist er dem deutschen Proletariat, insbesondere aber dem sächsischen, vorangeschritten, ein Kämpfer und Führer von hoher Art. Begabung und Charakterstärke hatten ihn in die vordersten Reihen geschoben, und hier stellte er seinen Mann, und stellte ihn ganz, je heftiger der Kampf um des Proletariats Freiheit tobte, je schwerere Anforderungen er geltend machte. Er wurde am 25. Januar 1852 zu Möckern bei Leipzig als blutarmer Leute Kind geboren. Aus eigener Kraft hat er sich aus dem tiefen Glend des Hützejungen, des kindlichen Tabaktrippers in der Fabrik zu einer hohen persönlichen Entwicklung emporgearbeitet, die ihm mit einer wissenschaftlich festgeschlossenen Weltanschauung die Fähigkeit gab, seinem sozialistischen Ideal auf den verantwortungsvollsten Posten zu dienen. Aus eigener Kraft, aber doch nur dank der Erleuchtung, der Willensanstriebe, der weit-ausschauenden Ziele, kurz der geistig-sittlichen Werte, welche der proletarische Klassenkampf gibt. Goldstein hat seiner Sache Gabe um Gabe reichlich gelohnt. Sein Leben war das des Proletariats, der, zu geistiger Freiheit gelangt, seine Klassengenossen zum Besitz und Genuß schönen Menschentums führen will. Die Sorge um die eigene Existenz stand daher in diesem Leben an letzter Stelle, es gehörte ganz der Arbeit, dem Kampfe für die sozialistische Idee. Bis die Partei seine Kräfte voll in Anspruch nahm, hat Goldstein sich zuerst als kaufmännisch Angestellter, später als Antiquar recht und schlecht durchgeschlagen, ohne je seiner Überzeugung etwas zu vergeben, stets bereit, für sie zu wirken und zu opfern. Der weit-aus größte Teil seiner verdienstvollen Parteitätigkeit in Dresden fiel in die Zeit des Sozialistengesetzes, und Goldstein erfuhr dessen Nüden und Läden am eigenen Leibe. Im Zeichen des Kampfes gegen die politische Entrechtung des sächsischen Proletariats vor allem ist sein Wirken in Zwickau gestanden, wo er als Redakteur des Parteiorgans, als Reichstags- und Landtagsabgeordneter den Ausgebeuteten das sozialistische Banner vorantrug. Dank der Wahlrechtschmach zuletzt der einzige Vertreter der Klassenbewußten sächsischen Proletarier im Landtag hat er allein die Arbeitslast, die Schwere des parlamentarischen Kampfes für das Recht der Massen getragen. Diese ehrenvolle Würde hat seine starke Kraft vor der Zeit gebrochen. Der sozialistischen Frauenbewegung ist Goldstein von Anfang an ein aufrichtiger Freund und Förderer gewesen. Die richtige Wertung, die er ihr angedeihen ließ, wuchs aus derselben Wurzel wie seine Stellungnahme zu den Fragen der inneren Parteientwicklung. Das aber war eine wohlbegründete, klare, grundsätzliche Erkenntnis, die ihn die Tagesarbeit und die Tagespolitik unerschütterlich und unbeirrt durch des Augenblickes Günst und Ungunst auf das sozialistische Endziel richten ließ. Diese Erkenntnis hat ihn zusammen mit der Festigkeit und Kraft seiner Überzeugung und der Lauterkeit seines Charakters zu dem gemacht, was er ward, zu dem befähigt, was er leistete. Und das wird unvergessen sein!

**Von der Agitation.** Das Landespartei sekretariat für das Großherzogtum Meissen hatte für die Zeit vom 1. bis 25. Mai in folgenden Orten Versammlungen einberufen, die besonders der Aufklärung der Frauen dienen sollten: Klein-Krobenburg, Groß-Zimmern, Egelsbach, Langen, Sprendlingen, Neu-Jsenburg, Bürgel, Ober-Kroden, Klein-Auheim, Heusenstamm, Offenbach, Mühlheim, Nieder-Kroden, Urberach, Weiskirchen, Wieber, Gießen, Wensheim und Worms. Die Unterzeichnete hatte die Aufgabe, in diesen Versammlungen über das Thema zu referieren: „Die Frau im politischen Leben“. Sie betrat Meissen mit der frohen Erwartung, dort einen zahlreichen und festen Stamm organisierter Arbeiterinnen zu finden. Hatte sich doch die in den letzten Jahren betriebene Agitation seitens mehrerer Genossinnen als unmittelbar erfolgreich erwiesen. Der Jahresbericht der heftigen Parteileitung hatte mit Stolz hervorgehoben, daß die fünfjährige Aufklärungsarbeit von Genossin Fahrenwald allein schon der Sozialdemokratie 800 weibliche

Mitglieder gewonnen hatte. Leider hat nicht die Hälfte davon treu zur Organisation gehalten. Die Erfolge, welche unsere Partei beim ersten Anlauf zur Erweckung der Proletarierinnen gehabt hatte, haben die Schwarzen aufmerksam gemacht und zu einer eifrigen Gegenagitation veranlaßt, die ihre Wirkung nicht verfehlte. So kam es, daß in Heusenstamm statt der erwarteten Hunderte ganze 13 Personen die Versammlung besuchten, in Ffenburg 31 (zu einer zweiten Versammlung in diesem Orte war die doppelte Anzahl erschienen), in Ober-Roden und Nieder-Roden 60 bis 80 Personen und in Bürgel 35. Die genannten Ortschaften sind sämtlich große Dörfer mit Arbeiterbevölkerung. Der Besuch der Versammlungen hatte auch darunter zu leiden, daß diese in eine Zeit fielen, in der der Bischof von Ort zu Ort zog, die Firmung stattfand und allerwärts Missionspredigten abgehalten wurden. In Ober-Roden und Nieder-Roden bildeten die Einwohner bei der Ankunft der Referentin auf dem Wege vom Bahnhof zum Versammlungslokal Spalier. Hier und da tönte ihr von den aus den Fenstern blickenden Frauen ein Schimpfswort entgegen. Vier Kapläne verschiedener Dörfer veranstalteten zur Zeit der Versammlung in Nieder-Roden einen Jugendabend, zu dem auch die Eltern eingeladen worden waren. Die vier Pfäfflein erreichten, was sie gewollt: dem Versammlungsbesuch Abbruch zu tun. In anderen Orten dagegen haben unsere Versammlungen der Frühmesse oder dem Vor- und Nachmittagsgottesdienst Besucher und Besucherinnen entzogen. Manch „christlicher“ Wunsch mag darob zum Himmel gestiegen sein! Welche Bedeutung die Schwarzen den sozialdemokratischen Bestrebungen zur Sammlung der Frauen beilegen, erhellt daraus, daß allgemein erzählt wurde, die Geistlichen hätten diesen angedroht, ihnen die Beichte nicht abzunehmen, wenn sie die Versammlungen besuchen würden. „Wenn das geschieht, so fahren wir nach Frankfurt,“ sagten einige Arbeiterfrauen in Nieder-Roden zu der Unterzeichneten. Es wurde auch behauptet, die milden Nachfolger Christi hätten den Auftrag erteilt, die Namen der sozialdemokratischen Versammlungsbesucher zu notieren. Das würde den frommen Gottesstreitern ähnlich sehen, die da lehren, daß geschrieben steht: „Ihr sollt nicht sagen Rache! Die Rache ist mein, ich will vergelten, spricht der Herr.“ Hier und dort nahm wohl einer der Herren die Gelegenheit wahr, eins der „roten Weiber“ anzusehen, vor denen sie den Gläubigen in den Kirchen graulich machen. In Egelsbach fand die Versammlung im Rathhausaal statt, und das Referat wurde vom grünen Tisch aus gehalten, ohne daß es dem Ort erging wie Sodom und Gomorra. In Worms und Bensheim waren die Versammlungen besser besucht als früher und von einem zukunftsfrohen Geist getragen. 120 bis 130 neue Mitglieder wurden der Parteiorganisation durch die entfaltete Agitation zugeführt, die auch den Leserkreis der Parteipresse erweiterte. Die Aufgabe der heftigen Genossen und Genossinnen ist es, durch unermüdbliche Kleinarbeit dafür zu sorgen, daß die neugewonnenen Parteimitglieder treu zur Fahne halten, und daß die abtrünnig gewordenen Proletarier sich wieder um sie sammeln. Nicht müde und mutlos darf die schmutzige Kampfweise unserer Gegner sie machen, sondern sie muß sie aufstacheln zu weiterer zäher Arbeit für das, was sie als recht erkannt haben. Dann wird der Sieg auch in den Zentrumsdomänen unser werden.

Marie Badwisch.

Am 9. Juni tagte in Delsnig i. V. im Hotel „Norddeutscher Hof“ eine öffentliche Frauerversammlung. Schuld daran, daß ihr Besuch nicht besser war, trägt die Heimarbeit, die in Delsnig die Frauen von solchen wichtigen Zusammenkünften abhält. Genosse Vogel referierte über das Thema: „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?“ Er erläuterte die Notwendigkeit der politischen Organisation der Proletarierinnen, die unter der Lage ihrer Klasse am meisten zu leiden und deshalb die Pflicht haben, sich aufzuklären und Seite an Seite mit den Männern eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder zu erkämpfen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß derartige Vorträge oder Vorlesungen öfter abgehalten werden möchten. Die Verwaltung versprach, ihm nachzukommen. Hoffen wir, daß die Gedankensaat, die in Delsnig erst seit kurzem unter den Frauen ausgestreut wird, reiche, gute Früchte zeitigt.

M. V.

### Politische Rundschau.

Am Freitag den 25. Juni hat der Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 186 Stimmen die Erbschaftsteuer abgelehnt. Damit war die Entscheidung gefallen — die Junker und das Zentrum haben der Regierung ihren Finanzreformentwurf zerrissen vor die Füße geworfen. Vergebens hat Bülow die Junker

durch Nachgiebigkeit versöhnlich zu stimmen gesucht; vergeblich hat er ihnen zuliebe die ohnehin schon krüppelhafte Nachlasssteuer zur Erbanfallsteuer verstümmelt, die nur 55 Millionen bringen sollte. Die Herren Großgrundbesitzer wollen überhaupt nicht zahlen und vor allem nicht in der Besteuerung der Erbschaften dem Staate die Mittel geben, hinter ihre gewohnheits- und gewerbsmäßige Einkommensteuerhinterziehung zu kommen. Die Rede ohne Kraft und Saft, mit der der Kanzler die Junitagung des Reichstags eröffnete, half nichts. Ganz wirkungslos verpuffte es, daß Bülow nochmals die Finanzreform ohne Erbschaftsteuer als unannehmbar erklärte und seinen Rücktritt im Falle der Ablehnung als Möglichkeit hinstellte. Den Junkern liegt selbst an diesem hochagrarischen Kanzler sehr wenig. Sie sind sicher, daß doch wieder einer kommen muß, der nach ihrer Pfeife tanzt. Das einzige, was ihnen unbequem gewesen wäre, würde die Reichstagsauflösung sein. Daß aber Bülow die nicht wagen wird, das haben die agrarischen Schnapphähne und ihre Zentrumsstrolchbuben aus seiner Rede vom 16. Juni mit ziemlicher Gewißheit entnehmen können. Übrigens könnten sie es schließlich auch auf die Auflösung ankommen lassen. Sie haben das beruhigende Bewußtsein, daß eine Regierung, die Wahlen gegen die Konservativen macht, einfach keinen Gehorsam bei der preussischen Bureaokratie finden würde, die ja in ihren höheren Schichten ausschließlich aus Junkern besteht. Und solange die Großgrundbesitzer ihre preussische Verwaltung und dank dem Dreiklassenwahlrecht den preussischen Landtag und die preussische Regierung in der Hand haben, so lange fühlen sie sich sicher und können sie selbst den Verlust einiger Reichstagsmandate verschmerzen. Die der rein ländlichen Wahlkreise sind ihnen ja ohnehin sicher, solange die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern noch nicht zur Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen gereift sind.

So haben die preussischen Junker die Trümmer in der Hand. Mit Antisemiten und Polen zusammen liefert ihnen das Zentrum eine Mehrheit. Denn in dieser Partei haben die katholischen Junker die Führung, und die „Arbeitervertreter“ müssen die arbeitereindlichsten Beschlüsse gehorsam schlucken. Diese reaktionäre Mehrheit hat sich rückwärtslos daran gemacht, den in der vorigen Nummer geschilderten Steuerplan der Junker und der Kirche aus der Rumpfkommision durchzupeitschen. Konservative und Zentrum haben die Geschäftsordnung des Reichstags brutal unter die Füße getrampelt und so den größten Teil dieser Steuern in zweiter Lesung durchgebracht. Ebenso rabital haben sie die Erbschaftsteuer abgelehnt — sie ließen nichts von ihr übrig, so daß sie nicht einmal in die dritte Lesung kommt.

Es war die denkbar schärfste Herausforderung an die Regierung. Eine Regierung, die auf ihre politische Würde hält, die Wert darauf legt, daß ihren Worten Gewicht und Bedeutung beigegeben wird, hätte gar nicht anders antworten können als mit der sofortigen Auflösung des Reichstags. Aber natürlich erfolgte diese Antwort nicht. Und schon jetzt ist klar, daß Bülow weder auflösen noch gehen wird. Zwar hat er den Kaiser um seine sofortige Demission gebeten, aber dessen Wunsch entsprechend bleibt er im Amte. Der Vortrag über die Lage vor dem Kaiser in Kiel ist getreu dem Programm ausgefallen, das seine journalistischen Bedienten im „Vokalanzeiger“ verübelt hatten. Eine beschönigende Formel soll das klägliche Verhalten decken: der große selbstlose Bülow bringt durch sein Kleben am Kanzlerposten ein patriotisches Opfer, damit die Reichsfinanzreform zustande kommt. Er wird dafür sorgen, daß von den Steuerplänen des konservativ-kerikalen Blocks diejenigen, die der Börse und der Großindustrie weh tun, nach Möglichkeit gemildert werden. — Die neuen Verbrauchssteuern, die die Massen belasten, heißt die Regierung ohne weiteres gut! Nach dem erhabenen Grundsatz: Wenn nicht, denn nicht! wird Bülow die Reichsfinanzreform ohne Erbschaftsteuer machen. Die Genarten dabei sind die Nationalliberalen und Freisinnigen, die jetzt der zertrachteten Blockherrlichkeit nachtrauern und die Reichstagsauflösung fordern. Sie haben im Reichstag erklärt, daß nach der Ablehnung der Erbschaftsteuer die indirekten Steuern für sie unannehmbar geworden seien und daß sie also die ganze Finanzreform ablehnen wollen. Aber damit werden sie den Triumph der Junker und des Zentrums nicht verhindern. Zwar soll Bülow auch einmal unter der Hand erklärt haben, er werde die Reichsfinanzreform nicht gegen die Liberalen machen. Allein es wird diesem Politiker des Fortwurstelns um jeden Preis wahrlich nicht viel verschlagen, wenn er neben seinen feierlichen offiziellen Erklärungen auch noch diese nichtoffizielle Lügen strafen muß. Mehr als er durch seine Unterwerfung unter den Willen der Junker an Ansehen verliert, kann er ja ohnehin nicht verlieren.

Übrigens ist es noch durchaus nicht ausgemacht, daß es den Liberalen mit ihren Rufsen nach der Auflösung so sehr ernst ist.

Die Nationalliberalen wenigstens arbeiten trotz ihrer Erklärung an der Finanzreform schon insofern „positiv“ mit, als sie der neuen Mehrheit einen Dividendensteuerentwurf präsentieren, den diese an die Stelle der Kotierungs-(Wertpapier-)Steuer setzen kann, die von der Regierung als unannehmbar bezeichnet worden ist. Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Kohlenbarone, warnt direkt vor der Auflösung — wegen der bösen Sozialdemokratie!

Im Grunde genommen wissen nämlich die liberalen Herrschaften ganz gut, daß sie für den Kampf um eine zwerghaft verkrüppelte Erbschaftsteuer von 55 Millionen Mark keine große Begeisterung bei den Wählermassen entzünden können, denen auch sie unbedenklich 350 bis 400 Millionen neuer Verbrauchssteuern aufbürden wollen. Sie fürchten die Frucht ihrer schabigen, stockkapitalistischen Gesamtpolitik: nämlich das Wachstum der Sozialdemokratie. Diese Furcht ist eine Äußerung des bösen Gewissens, ist das Eingeständnis, daß auch die liberale Finanzreform eine Plünderung des Proletariats und des Kleinbürger- und Bauerntums zugunsten der Besitzenden bedeutet. Und deshalb werden die Liberalen zwar die Reichstagsauflösung fordern, aber sie werden nicht ernsthaft um sie kämpfen!

Während so die Steuerplünderung immer näher rückt, ist der deutschen Arbeiterklasse bereits zur Arbeitslosigkeit und zum Lohnbruch der Krise die Brotteuerung beschert worden. Die Getreidepreise haben einen außerordentlich hohen Stand erreicht, das Brot ist teurer beziehungsweise kleiner geworden, die Bissen im Arbeiterhaushalt müssen noch schmaler bemessen werden, als es ohnehin schon bislang geschah. Deutschland hat natürlich dank der hohen Getreidezölle und des Systems der Einfuhrscheine die höchsten Preise in aller Welt. Die Sozialdemokratie hat deshalb eine Interpellation im Reichstag eingebracht, worin sie wenigstens zeitweise Aufhebung der Zölle fordert. Die Junker, die aus dem Hunger des Volkes seitens Profit ziehen, quittierten die Verlesung der Interpellation mit spöttischem Lachen — sie fügten zur Plünderung den frechen Hohn! Am 30. Juni kommt die Anfrage zur Verhandlung.

Der preussische Landtag hielt Ende Juni noch eine kurze Schlußsitzung ab, in der Genosse Karl Liebknecht seine Jungfernsprache halten konnte. Zwei Wahlrechtspetitionen gaben ihm Gelegenheit, in scharfen Reden den Junkern derbe Wahrheiten zu sagen. Das Haus der geborenen Befehlshaber, das Herrenhaus erwarb sich in diesen Tagen das Verdienst, zu beweisen, daß es kein reaktionärereres Parlament gibt als das Dreiklassenhaus. Das Herrenhaus hob nämlich die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Fahrradsteuer wieder auf. Zum Ausgleich fügte es der Verggesehnovelle wenigstens noch eine Verschlechterung ein, die die Dreiklassenmänner natürlich — das Zentrum einbegriffen — ruhig hinnahmen.

Die innige Verbindung zwischen deutscher und russischer Polizei und die alles Maß übersteigende Besessenheit aller deutschen Behörden, der blutigen Verbrecherregierung Rußlands Schergendienste zu leisten, trat wieder einmal in einem „großen Geheimbundprozess“ zutage. Er wurde am 9. und 10. Juni zu Dresden verhandelt. Zehn russische Studenten und Techniker waren angeklagt, weil sie in der Notwehr gegen das von der deutschen Polizei protegierte russische Spitzeltum ihre Verbindung nicht der Behörde angemeldet hatten. Einige von ihnen wurden verurteilt, einige freigesprochen — und alle ausgewiesen. Alle hatten drei Monate im Gefängnis gesessen, wie die Verhandlung erwies, wegen der falschen Überzeugung eines beschlaggenommenen Briefes durch einen Beamten des Berliner Polizeipräsidiums.

Fürst Eulenburg durfte die deutsche Justiz durch eine Reise nach Gastein vor aller Welt verhöhnern und bloßstellen. Zimmerlin hatte seine Unverschämtheit zur Folge, daß die Verhandlung seines Prozesses nun am 7. Juli wieder aufgenommen wird — wenn der Herr bis dahin nicht neuerlich so krank ist, daß die Verhandlung wieder unmöglich wird.

In Lambrecht (Pfalz) waren zwei Genossen von der sozialdemokratischen Mehrheit des Gemeinderats zum Bürgermeister und Adjunkten gewählt worden. Die Kreisregierung hat ihnen wegen sozialdemokratischer Betätigung die Bestätigung versagt. Die „Frankische Tagespost“ meldete, daß diese bisher in Bayern nicht übliche Maßregel auf einer Vereinbarung beruhe, die auf Drängen Preußens von den deutschen Bundesstaatsregierungen eingegangen wurde. Danach sollen Sozialdemokraten in Gemeindeämtern nicht bestätigt werden. Der Meldung unseres Nürnberger Parteiorgans ist bisher amtlich nicht widersprochen worden. Das ist wieder ein harter Stoß gegen die schöne Illusion, daß die Sozialdemokratie in Bayern die staatsbürgerliche Gleichberechtigung genieße, eine

Illusion, die unsere bayerischen Genossen bekanntlich zur Budgetbewilligung veranlaßte.

In Dänemark und Holland fanden Wahlen statt, bei denen die sozialdemokratischen Parteien beider Länder ihre Stimmenzahl erheblich steigerten. Doch konnten sie neue Mandate nicht erobern wegen der Lücken der Wahlsysteme — sie behaupteten lediglich den Besitzstand an Mandaten. In beiden Ländern zeitigten die Wahlen einen Rückgang des Liberalismus, in Holland erlangten die liberalen Reaktionen die Mehrheit im Parlament.

Der blutbesetzte Herrscher Rußlands hat sich auf eine Rundreise zu den Höfen Schwedens, Englands und Italiens begeben, nachdem er vorher den Deutschen Kaiser in den Gewässern Finnlands getroffen und geküßt hatte. In den obengenannten Ländern hat die Sozialdemokratie beziehungsweise die Arbeiterpartei in den Parlamenten energisch Protest gegen den Empfang des Mörderzaren erhoben und große Protestdemonstrationen vorbereitet. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Mit welcher Wucht die Krise im Jahre 1908 auf der Arbeiterklasse gelastet hat, spiegelt sich in den seeben zusammengestellten Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften wieder. Diese Zusammenstellung ist aus den Jahresberichten und Abrechnungen der Verbände gewonnen, sie ist nicht so absolut zuverlässig wie die Organisationsstatistik der Generalkommission, die erst demnächst erscheinen wird. Wesentliche Änderungen wird jedoch diese nicht bringen. Unsere Gewerkschaften haben nach der vorläufigen Aufstellung im vergangenen Jahre insgesamt etwa 72000 Mitglieder verloren. Die gegenwärtige Krise hat demnach in dieser Hinsicht weit stärker auf die Gewerkschaften eingewirkt als ihre Vorgängerin von 1900 bis 1902. Die größten Mitgliederverluste haben denn auch die Organisationen erfahren, deren Gewerbe von der Krise am heftigsten heimgesucht wurde: die Baugewerkschaften. So verloren die Maurer allein rund 17400 Mitglieder, die Bauhilfsarbeiter 15700, die Zimmerer büßten dagegen nur 4100 Mitglieder ein und die Maler haben um 500 Mitglieder zugenommen. Nach den Bauarbeitern hatten die Textilarbeiter den größten Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen; ihr Verband nahm um rund 28300 ab. Größere Mitgliederverluste erlitten noch die Organisationen für die Bekleidungsindustrie mit 3700, die Holzindustrie mit 4500, die Industrie der Steine und Erden (Töpfer, Glasarbeiter usw.) mit 6500 Mitgliedern. Die Verbände der Metallarbeiter und die Handels- und Transportarbeiter hatten geringere, nicht erhebliche Mitgliederverluste. Am besten hat sich die Mitgliedschaft der polygraphischen Gewerbe (Buchdrucker, Steindrucker usw.) gehalten, die einen Gewinn Neuorganisierter von 2600 aufweisen. Auch die unter „sonstige Berufe“ rubrizierten Verbände der Bureauangestellten, der Gemeindefarbeiter und der Zivilmusiker haben einen anerkennenswerten Zuwachs an Mitgliedern erhalten; einen kleinen Aufschwung nahmen ferner trotz der Krise die Gewerkschaften für die Proletarier des Nahrungsmittelgewerbes. In der Zeit schwerer wirtschaftlicher Depression war ein Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisierten zu erwarten; er kann daher innerhalb der Arbeiterbewegung weder überraschen noch entmutigen. Das letztere um so weniger, als trotz des noch stockenden Wirtschaftslebens die vorliegenden Abrechnungen vom ersten Quartal des laufenden Jahres wieder ein Steigen der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften melden. Auch die Auflage mancher Verbandsorgane kündigt, daß die betreffenden Organisationen gewachsen sind. So erscheint jetzt der „Zimmerer“ nicht mehr in 58500, sondern in 61300 Exemplaren. Kurz, der Beobachter gewerkschaftlichen Lebens spürt, daß die zielbewußten Arbeiter sich wieder mit ungeschwächter Kraft der Propaganda für ihre Organisationen widmen, und daß ihre Verberarbeit nicht fruchtlos bleibt. Hoffentlich wirken auch unsere Genossinnen mit erneutem Mut im Dienste der guten Sache weiter. Tun alle ihre volle Pflicht und Schuldigkeit, so können wir mit guter Zuversicht hoffen, daß die Wunden, die das Krisenjahr den deutschen Gewerkschaften und damit der Klassenbewegung Arbeiterbewegung geschlagen hat, bald vernarbt sind, und daß das Gewerkschaftsleben um so kraftvoller und zielklarer sich entfaltet.

Die organisatorische und innere Fortentwicklung der Institutionen, die von den Gewerkschaften geschaffen worden sind, konnte die Krise erfreulicherweise nicht aufhalten. Das zeigt die Statistik über die Tätigkeit der Arbeiterssekretariate im Jahre 1908. Die Zahl der bestehenden Sekretariate ist von 98 im Jahre 1907 auf 104 gestiegen. Der Aufschwung und die Bedeutung dieser segensreichen Institute, die von den Organisationen unterhalten

werden, wird dadurch beleuchtet, daß es 1901 erst 29 Sekretariate gab. Im verflossenen Jahre haben 488 895 Auskunftsuchende die Dienste der Sekretariate in Anspruch genommen, das sind nahezu 70 000 mehr als im Vorjahr. Von den Auskunftsuchenden waren 395 275 männlichen und 69 825 weiblichen Geschlechts. Persönliche Vertretung von Rechtsuchenden durch die Arbeitersekretäre erfolgte in 4264 Fällen. Das Zentralarbeitersekretariat hatte eine Petition der Arbeitersekretäre an den Reichstag veranlaßt, die verlangte, daß diesen das mündliche Verhandeln vor solchen Gerichten gestattet werden sollte, für die Anwaltszwang nicht besteht. Der Reichstag lehnte das Ersuchen leider ab. Die Liberalen, die schamlos genug sind, trotz ihrer eingeseilt bürgerlichen Politik, sich gelegentlich als patentierte Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen, schwiegen sich bei der Beratung der Petition aus. Nur Loren können von ihrem Verhalten enttäuscht sein, das ein Glied mehr in der Kette ihrer Arbeiterfeindlichkeit bedeutet.

Der Hamburger Bauarbeiterstreik dauert fort, will aber die von den Bauunternehmern gewünschte Ausdehnung nicht annehmen. Und das trotz aller terroristischen Maßnahmen der Herren, trotz Versendung schwarzer Listen und Einwirkung auf die Händler mit Baumaterialien, den nicht mittuenden Unternehmern die Lieferungen zu sperren. Die Zahl der zu unterstützenden Ausständigen hat sogar in letzter Zeit abgenommen, anscheinend haben manche Bauarbeiter außerhalb Hamburgs Arbeit angenommen. Die Hamburger Scharfmacher haben daher die auswärtigen Unternehmer bestimmen wollen, die von ihnen eingestellten Arbeiter wieder zu entlassen. Sollte diesem Verlangen nachgegeben werden, so würden die Unternehmer die geschlossenen Verträge brechen; daß die Arbeiter nicht gewillt sein können, solche Treulosigkeit ruhig hinzunehmen, versteht sich am Rande. Die gleiche Situation wie in Hamburg liegt beim Bauarbeiterstreik in Saarbrücken vor. Auch hier versuchen die Unternehmer mit zweifelhaftem Erfolg mittels eines skrupellosen Terrorismus ihren Willen durchzudrücken. Wir haben bereits verzeichnet, daß es wegen des Arbeitsnachweises zu einem Konflikt im Baugewerbe in München gekommen war. Dort haben sich die Unternehmer durch das Gewerbegericht sagen lassen müssen, daß sie tarifwidrig und unrecht handeln, wenn sie nur durch ihren Nachweis Leute einstellen wollen.

Der Kampf in der Holzindustrie des Ruhrgebietes, den die Unternehmer zu einer großen Ausperrung fruchtlos machen wollten, ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Durch Ortstarife wurden den Arbeitern kleine Lohnzulagen und Arbeitszeitverkürzungen gewährleistet.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Kiel konnte trotz aller Versöhnungsversuche nicht beigelegt werden. Die wenigen Streikbrecher können begreiflicherweise die Abholung der Fäkalien und die Reinigung der Straßen nur sehr mangelhaft durchführen. Die Straßen stinken vor Schmutz. Allein die Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung, die in diesem Stand der Dinge lauern, kümmern die freisinnigen Stadtgewaltigen nicht einen Pfifferling. Alle Vorstellungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten beim Bürgermeister und beim Stadtrat wie auch im Stadtkollegium selbst haben bisher nicht vermocht, die Stadtverwaltung von dem Standpunkt des Herr-im-Hause-Seins abzubringen und den Arbeitern die geringe Lohnzulage zu verschaffen. Unter dem Schutze der Polizei üben unterdessen die Arbeitswilligen ein wahres Schreckensregiment aus, das nicht nur die Ausständigen trifft, sondern auch harmlose Passanten.

Die Brauer in Mainz und Umgegend haben nach sechs-wöchigem Streik recht anerkennenswerte Erfolge errungen. Ihre Arbeitszeit wurde von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt, und die Löhne erfuhren eine Erhöhung um 1 bis 3 Mk., wozu noch Lohnzuschläge bei Sonntags- und Überzeitarbeit kommen. — Die Baulempner in Berlin führen seit nunmehr 12 Wochen einen hartnäckigen Kampf, der trotz der Vermittlungsversuche des Einigungsamtes des Gewerbegerichtes nicht beigelegt werden konnte. Ein Schiedsspruch, den diese Instanz fällte, bot den Ausständigen zu wenig, sie lehnten ihn daher durch Versammlungsbeschluss ab und gelobten, weiter im Kampfe auszuhalten.

Interessante Aufschlüsse darüber, wie die Kirche den „neutralen“ christlichen Gewerkschaften beim Mitgliederfang behilflich ist, gab ein geheimes Zirkular, das vom christlichen Gewerkschaftsartell in Köln an sämtliche katholische Pfarrer der Stadt versandt worden ist. Die Hochwürden werden darin ersucht, dem Kartell die Listen der zuziehenden Personen zu übermitteln, wie das schon von einzelnen Pfarrern allmonatlich geschieht, damit die Zuziehenden für die christlichen Gewerkschaften gewonnen werden und somit vor den Gefahren bewahrt bleiben, die ihnen in religiöser und sittlicher Beziehung durch das enge Zusammenleben in der

Großstadt, durch die kirchenfeindliche Presse und durch die sozialdemokratischen Arbeiter drohen. Man könnte sich verwundert fragen, wie ist es möglich, daß eine Behörde die ihr anvertrauten amtlichen Listen einer Vereinigung zu ihren Sonderzwecken aus-händigen darf. Jedoch wir erinnern uns daran, daß wir in Preußen-Deutschland leben, in dem Reiche der „vollendeten Rechtsgarantien“. Und hier sind alle amtlichen Übergriffe erlaubt, voraus-gesetzt, daß sie sich gegen das klassenbewußt kämpfende Proletariat lehnen.

Eine ähnliche liebevolle Fürsorge, die Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem sozialdemokratischen Gifte zu schützen, treffen wir auf dem Gebiete der privaten „Wohlfahrtspflege“. Größere Fabrikbetriebe gehen in ihren Heißbemühungen für „ihre“ Arbeiterschaft so weit, dieser gleichsam geistig vorzutauen, was dem Unternehmerinteresse belämmlich ist. Sie lassen eigens für „ihre Personal“ zugestellte Zeitungen herstellen. An journalistischen Kultus für das unappetitliche Geschäft fehlt es ihnen nicht. So bietet sich ein Schriftsteller aus Hamburg den Unternehmern zur Anfertigung solcher Betriebszeitungen an. Wie er vertraulich mitteilt, will er durch sie in vorsichtiger Weise, ohne daß der Leser die Absicht merkt, die vermeintlichen Fundamente der sozialdemokratischen Partei-lehre zerstören, die durch die sozialdemokratische Presse verursachte einseitige Verranntheit der Arbeiter kurieren und an ihre Stelle Verständnis für die Unternehmer setzen. Wie man sieht, hat sich der gute Mann nicht wenig vorgenommen. Das Käseblättle, das 3 bis 4 Pf. kosten wird, soll der Unternehmer großmütig den Arbeitern als Lohnzulage gewähren. Hat dieser Hans Naivus eine Ahnung vom modernen Proletariat und seinen Lebensbedingungen, aus denen die unwiderstehliche Macht der sozialdemokratischen Ideen hervorbricht. Immerhin dürfte der wadere Hamburger bei den Unternehmern einige Geschäfte machen. Der arme Bürger Lebius! Auf dem Marke der Zeitungsprostitution tut sich eine empfindliche Konkurrenz für ihn auf. #

Ein erfreuliches Anwachsen des weiblichen Mitgliederstandes im Fabrikarbeiterverband ist zu verzeichnen. Obwohl im Jahre 1903 unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise der Gesamtmitgliederstand dieser Organisation um 3250 zurückging, stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder von 12 256 auf 14 987, also um 2731. Eine Zusammenstellung der Quartalschlusssitzern für beide Geschlechter ergibt folgendes Resultat:

4. Quart. 1907	124 629 männl.,	12 256 weibl.,	zus. 136 885 Mitgl.
1. „ 1908	120 876 „	14 173 „	„ 136 049 „
2. „ „	123 203 „	15 276 „	„ 138 479 „
3. „ „	122 786 „	14 891 „	„ 137 627 „
4. „ „	118 646 „	14 987 „	„ 133 635 „

Die Bewegungsreihe ist also bei den weiblichen Mitgliedern eine durchaus andere als bei den männlichen. Während diese im 1. Quartal 1908 um fast 4000 abnehmen, verzeichnen jene einen Zuwachs von beinahe 2000 Mitgliedern; das 2. Quartal bringt beiden Gruppen einen Zuwachs und das 3. beiden einen geringen Rückgang, der bei den männlichen Mitgliedern auch im 4. Quartal anhält, dagegen bei den weiblichen einer, wenn auch unbedeutenden, Aufwärtsbewegung gewichen ist. Das endliche Resultat aber ist ein Rückgang der männlichen Mitglieder um 5983 oder 4,8 Prozent und eine Zunahme der weiblichen Mitglieder um 2731 oder 22,3 Prozent. Leider läßt sich nicht feststellen, ob dieses erfreuliche Resultat auf eine Abnahme der Fluktuation der weiblichen Mitglieder zurückzuführen ist, oder ob es lediglich die Tatsache ausdrückt, daß die Arbeiterinnen während der Krise weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten als die Arbeiter und deshalb der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit zugänglicher waren als diese. h. sch.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der formell im Jahre 1903 gegründet wurde, tatsächlich aber bereits 1902, unmittelbar nach dem Hinauswurf in Kreuznach, hat im Jahre 1903 weiter gute Fortschritte gemacht. Das zeigt der Jahresbericht. Seit 1902 stieg die Zahl der Verbände von 585 auf 1069, die Mitgliederzahl von 480 916 auf 975 605. Der Umsatz, der erzielt wurde, betrug 1903 in runder Summe 850 Millionen, gegen 148 Millionen im Jahre 1902. Er ist seit 1902 um das Zweieinhalbfache gestiegen, während sich die Zahl der angeschlossenen Vereine und der Mitglieder verdoppelte. Verhältnismäßig gering ist die Steigerung beim Reinertrag. Bei einer Vermehrung des Umsatzes um 45 938 882 Mk. oder 15,1 Prozent in der Zeit von 1907 bis 1908 steigerte er sich nur um 107 568 Mk. oder 0,5 Prozent in der

gleichen Zeit. Zum Teil ist diese Erscheinung auf die Preissteigerungen zurückzuführen, denen die Konsumvereinsverwaltungen bei der Feststellung der Verkaufspreise nicht immer in vollem Maße folgten. Das Resultat war natürlich ein geringerer Reinertrag für die Genossenschaft, dafür hatten die Mitglieder auch niedrigere Warenpreise.

Wie üblich, wurde Mitte Juni der Konsumgenossenschaftstag des Zentralverbandes abgehalten, und zwar diesmal in Mainz. Soweit die Zeitungen über diese Tagung unterrichten, sind besonders wichtige Vorgänge nicht zu verzeichnen. Bemerkenswert ist einiges aus den verschiedenen Begrüßungsreden. So betonte der Bürgermeister Dr. Schmidt im Namen der Mainzer Stadtverwaltung, daß durch die Tätigkeit der Genossenschaften ein beträchtliches Stück Volkswohlfahrt erstrebt werde. Daß schöne Worte und Theorien einzelner Personen aber recht schlecht mit der Wirklichkeit übereinstimmen, ging aus der darauffolgenden Rede des Geschäftsführers des Mainzer Konsumvereins hervor. Ein neues Ungewitter — so meinte er — bedrohe ernstlich die Konsumvereine Hessens. Die Regierung des Landes habe dem Schreien der Mittelständler Rechnung getragen und eine Besteuerung der Konsumvereine vorgesehen. Die Regierungsvorlage lasse jeden liberalen Geist vermissen und bedeute eine Ungerechtigkeit, weil sie eine Ausnahmebesteuerung für die Konsumvereine schaffen wolle. Ein Vertreter der englischen Konsumvereine hielt eine zum Teil hochpolitische Rede. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die genossenschaftliche Betätigung auch eine lebhafteste Demonstration für den Weltfrieden bedeute. Nach einem Kongreßbericht führte er unter anderem aus: „Wir bringen Ihnen eine Botschaft des Friedens und der Freundschaft von Ihren Brüdern und Schwestern in Großbritannien und Irland. Die Genossenschaften kämpfen gegen die Armut und all das Übel, das sie im Gefolge hat. Die breiten Massen des Volkes können durch einen Krieg nur verlieren, niemals etwas gewinnen, und sie wenden sich deshalb gegen einen Krieg. Die wirtschaftliche Krise ist der industrielle Krieg, und die Arbeiterschaft allerwärts muß darunter leiden, wenn ein Krieg ausbricht. Tausende unserer Mitbürger sind ohne Arbeit, Millionen Volksgenossen leben in ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnissen, leiden unter Krankheit und Mangel. Wir wollen keine Revolution, die die Regierung hinwegfegt (!), keine Vernichtung des Wohlstandes, aber wir wollen die Verwaltung verhindern, die die Wohlfahrt unseres Volkes, unserer Männer, Frauen und Kinder trifft. Wir müssen Ordnung und Harmonie in das Chaos bringen, Friede in die gegenseitigen Interessen, Sicherheit in die Verhältnisse des menschlichen Lebens. Die Genossenschaftsbewegung schlingt ein Band um alle Arbeiter der Welt und richtet das hohe Zeichen der Brüderlichkeit auf. Den Völkern kann kein Segen erwachsen, wenn sie die Vorherrschaft in der Art, Menschen zu töten, erstreben. Aber Segen und Wohlfahrt wird erreicht werden, wenn alle Menschen die Heiligkeit des Menschentums respektieren und ihre Kräfte vereinigen, um ihr Dasein lebenswert zu machen.“ Trotz der enormen Überschwinglichkeit und der Überschätzung des Genossenschaftswesens — den Engländern eigentümlich —, die aus solchen Worten spricht, war die Rede ganz sicher eine Verfündigung am heiligen Geiste politischer Neutralität, wie sie zurzeit in fast englischer Weise von gewisser Seite in Deutschland propagiert wird. Hätte ein deutscher Delegierter in der Debatte derartige Ausführungen über Krieg und Frieden gemacht, er wäre gewiß zur Ordnung gerufen worden. Bei den Engländern aber weiß man genau, wie sie es meinen. Sie halten es mit der lieben bürgerlichen Regierung.

Außer dem Geschäftsbericht und der Erledigung der üblichen rein formalen Dinge wurden einige Referate gehalten. So sprach Herr Dr. Hans Müller-London, der frühere Sozialdemokrat, jetzige Marxvernichter und Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes, über Aufgaben und Ziele dieses Bundes. Weiter referierte der Redakteur der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, Herr Dr. Aug. Müller, über Produzentenkartelle und Konsumentenorganisationen. Herr Dr. Aug. Müller war sozialdemokratischer Redakteur, hat sich aber später darüber aufgeregt, daß er in der „Neuen Zeit“ noch als „Genosse“ angesprochen wurde. In seinem Referat scheint eine Portion Marxkritik nicht gefehlt zu haben. Genossin Steinbach-Hamburg sah sich veranlaßt, den betreffenden Ausführungen in der Debatte nachdrücklich entgegenzutreten. Herr Professor Dr. Staudinger-Darmstadt, Mitglied des Zentralverbandesauschusses, sprach den inhaltschweren Satz aus: „Die Gegensätze zwischen Konsumenten und Produzenten sind Gegensätze im Innern des Menschen. Vereinigung aller Konsumenten, unter Wahrung der politischen Neutralität, das ist der wichtigste Punkt.“ So ist es wenigstens in einem Bericht der Parteipresse zu lesen. Die Herren werden wohl an ihrer „Neutralität“

noch umkommen. Das Verbot widert einen nachgerade an! Es ist erfreulich, wenn sich, wie dies in Mainz geschah, endlich auch auf Genossenschaftstagen Opposition gegen diesen Unfug bemerkbar macht. — Über genossenschaftliche Ferienheime sprach Herr Krehshmar-Hamburg. Zu der Frage wurde folgende Resolution angenommen: „Der sechste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine anerkennt, daß die Errichtung von Ferienheimen für Angestellte und Arbeiter der Konsumvereine einen wichtigen Schritt in der sozialen Fürsorge bedeutet. Soweit Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen glauben, diesen Schritt in der Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tun zu können, ist ihr Vorgehen freudig zu begrüßen.“

Den wichtigsten Punkt der Verhandlungen bildete die Revision einiger Tarife mit den in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen. Dazu referierte Genosse v. Elm-Hamburg. Die neuen Tarife wurden nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen angenommen. Während der Verhandlung kam es zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Herr Dr. August Müller beliebt sehr häufig in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ in äußerst geringschätzig und pahiger Weise gegen Andersmeinende zu polemisieren. So wurde von ihm vor einiger Zeit auch Genosse Simon-Mürnberg (Vorsitzender des Schuhmacherverbandes) abgetan. Als Delegierter von Nürnberg war dieser auf dem Genossenschaftstag anwesend und beleuchtete das in herzerfrischender Weise. Der Vorsitzende wollte jedoch seine Kennzeichnung des Gebarens unterdrücken, weil sie nicht zur Sache gehöre. Diese Auffassung begegnete jedoch stürmischem Widerspruch, und fast einstimmig wurde beschlossen, daß Simon reden dürfe, wie er es für nötig halte. Öffentlich wirkt diese Lektion erzieherisch für die Zukunft. — Der nächste Genossenschaftstag ist in München.

Nach der Statistik des britischen Genossenschaftsverbandes für das Jahr 1908 beträgt die Zahl sämtlicher Genossenschaften 1560 mit 2516184 Mitgliedern, 2151013080 Mk. Umsatz und 234572940 Mark Reinüberschuß. Die Zahl der Konsumvereine ist seit 1903, wo sie 1481 betrug, ständig und im Berichtsjahr weiter um 15 auf 1428 zurückgegangen, eine Erscheinung, die auf die seit Jahren erfolgende Verschmelzung der Vereine zu größeren und leistungsfähigeren Organisationen zurückzuführen ist. Dagegen ist die Mitgliederzahl um 81217 auf 2404595 gestiegen. Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl sämtlicher Genossenschaftsmitglieder um 82109 gestiegen ist, so steht fest, daß alle übrigen Genossenschaften in bezug auf die Zunahme der Mitglieder einen Stillstand und nur die Konsumvereine einen bedeutenden Fortschritt nachweisen können. Das Anteilkapital der Konsumvereine stieg auf 600747040 Mk. Die Umsätze erhöhten sich um 32714980 Mk. auf 1395665560 Mk.

Ein kräftiges Lebenszeichen gesunden Vorwärtsschreitens haben die Wiener Arbeiterkonsumvereine gegeben. Sie haben vor kurzem eine großartige Brotfabrik in Betrieb genommen, die die Wiener Konsumvereine mit Mehl und Backwaren versorgen wird. Das Werk ist — nach einer Beschreibung — mit allen technischen und hygienischen Einrichtungen, den modernsten Anforderungen entsprechend, ausgestattet. Eine 600pferdige Verbundmaschine treibt das großartige Mühlenwerk und die Bäckereimaschinen. 21 Doppelauszugsöfen, die mit selbsterzeugtem Gas geheizt werden, beschließen den Prozeß. Sie sind in stande, innerhalb 24 Stunden 50000 Laib Brot zu verbäcken. Die Expedition der fertigen Brote nach den Bezirken Wiens besorgen vorläufig zehn rotgestrichene Automobile. Ein chemisches Laboratorium, eigene Kraft- und Lichtquellen, eine Dampfwascherei und andere damit verbundene Anlagen vervollständigen das sogenannte Hammerbrot-Werk. — Der Betriebseröffnung ging eine einfache Feier voran, die echt sozialdemokratischen Geist atmete. Der exponierteste Sozialdemokrat Österreichs, Genosse Dr. Adler, hielt die Festrede, in der er ein Bild der schweren Kämpfe der österreichischen Sozialdemokratie gab. Und im Erholungsraum der Arbeiter leuchten im Marmorgrund die Worte von Karl Marx: „Das sozialdemokratische Experiment wird durch die Tat beweisen, daß Produktion in großem Maßstab und in Übereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann, ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu tun gibt, und daß Lohnarbeit wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergang geweiht, verschwinden muß vor der assoziierten Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt.“

Man kann die österreichischen Genossen nur beglückwünschen zu solchem Werke und solchem Geiste! — Die Beschreibung der Englandreise österreichischer Genossenschaftler soll nunmehr, wie wir es seinerzeit anregten, als besondere Broschüre herausgegeben werden.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Der Pfarrer als Gesindeprügler. In dem Dorfe Sachwitz bei Breslau waltet ein Pfarrer seines frommen Amtes, der ein „Streiter“ eigener Art für das Friedensreich Gottes zu sein scheint. In seinem früheren Pfarrsprengel hat er sich die Sympathien seiner Gemeindeglieder in so hervorragendem Maße zu erobern gewußt, daß ihm eines schönen Tages der Ortsbürgermeister die Kirchtür kurzerhand vor der Nase zuschlug, und daß die mit Knüppeln bewaffneten Kirchenältesten ihm den Eintritt in die Kirche gewaltsam verwehrten! Dieser fürtreffliche Hirte seiner Herde hat offenbar seine besonderen Ansichten über die Obliegenheiten eines patriarchalischen Hausvaters. Ihm ist daszepter seiner Hausgewalt der — Prügel. Um sein „Gesinde“ in der Zucht des Herrn zu halten, dünkt ihm kein Mittel besser und eines Predigers der Nächstenliebe würdiger als weidliches Prügeln. So bedachte er am letzten Ostersfest — wahrscheinlich zur höheren Ehre der Auferstehung des Herrn — einen Knecht mit einer Ohrfeige von solcher Wucht, daß der arme Teufel weit von ihm wegtaumelte und alle lieben Engelein im Himmel pfeifen zu hören glaubte. Jedoch nicht bloß seine männlichen Dienstboten erfreuen sich solcher Zärtlichkeiten, auch die weiblichen werden von dem edlen Gottesmann nicht vergessen. Diente da bei ihm ein Mädchen von dreißig Jahren, also in einem Alter, in dem man gewöhnlich der Prügel als Erziehungsmittel längst entwachsen ist. Aber nur außerhalb des schlägelfrohen Pfarrhauses, denn dort gibt es Prügel, und wenn man Methusalems Jahre erreicht hätte. Zunächst trat die Pfarrwirtin in Aktion. Eines Tages kam sie mit dem Mädchen in Streit, und dieses erhielt von ihr Prügel nach Noten — nicht bloß nach den gewöhnlichen weltlichen, sondern gleich nach den dicken großen Kirchennoten. Die Arme flüchtete ins Kloster und ließ sich dort ihre blutende Stirnwunde von den Schwestern verbinden, kehrte aber wieder in das Haus des Friedens zurück. Um einer läppischen Kleinigkeit willen nahm sie sich am nächsten Tage der Herr Pfarrer höchst eigenhändig vor. Der geweihte Mann packte das Mädchen am Hals, ohrfeigte es und ergriff schließlich — mit den Händen, die sonst allein gewürdigt sind, den Gott in Brotagestalt zu berühren — einen ganz profanen Ochsenziemer. Mit diesem Werkzeug frommer Erziehung erhielt das Mädchen so lange Hiebe auf Kopf und Rücken, bis es vor Schmerz zusammenfanf. Als der im Schlagen gewandte Gottesstreiter von seinem Opfer ließ, floh die Gemüthselte und suchte beim Gemeindevorsteher Schutz. Vergebens! Der erklärte, gegen den Herrn Pfarrer könne er „nichts machen“. Erst der Vondarm nahm sich ihrer an und schärfte ihr vernünftigerweise ausdrücklich ein, sie solle nicht mehr in das pfarrherrliche Prügelheim zurückkehren. Bei mitleidigen Dorfbewohnern, die über ihren samosen Hirten in heller Empörung sind, fand das Mädchen vorläufige Unterkunft. Die Aufhebung der Gesindeordnung allein wird gewiß noch nicht jede prügeltolle Herrschaft zu Engelsmitde befehren. Slandaloöse Mißhandlungen der Dienenden aber, wie sie in der Sachwitzer Pfarre zur Hausordnung gehörten, werden seltener werden und vor allem strengere Ahndung finden als jetzt, wenn sie sich nicht mehr hinter das „elterliche Züchtigungsrecht“ vertriechen können, das die Gesindeordnung als Überbleibsel der Leibeigenschaft geschlechtlich heiligt. ek.

### Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die Erwerbstätigkeit der blinden Frauen und Mädchen ist jüngst gelegentlich des Ersten deutschen Blindentages in Dresden erörtert worden. Die anwesenden weiblichen Blinden hielten eine besondere Beratung über ihre Lage ab, denn auch in der Nacht dieser Arnsien beginnt es bereits zu tagen, und es kommt ihnen zum Bewußtsein, daß ihnen Aufklärung und enger Zusammenschluß als Arbeits- und Leidensgenossinnen not tut. Sie wählten eine fünfgliedrige Kommission, die die Interessen der blinden Frauen vertreten soll. Von der Selbsthilfe durch Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften und Vertrieb der Produkte, vor allem aber durch eine kräftige Organisation versprechen sich die weiblichen Blinden wie ihre Schicksalsbrüder eine Hebung ihrer Lage.

In Deutschland ist die Fürsorge und Erziehung der Blinden meist von den Städten in die Hand genommen worden. Ein großer Teil männlicher und weiblicher Blinden findet in Handwerkerschulen der städtischen oder auch staatlichen Blindenanstalten wie in einem Fabrikbetrieb Beschäftigung. Die Anstalt übernimmt den

Abfah. Dagegen sind blinde Frauen und Mädchen ganz auf die „Freuden“ der privaten Wohltätigkeit angewiesen, wenn sie in Orten leben, wo kein Blindeninstitut ihnen Beschäftigung gibt. Die Hungerlöhne, die für weibliche Handarbeiter gezahlt werden, reichen selbstverständlich zum Unterhalt nicht aus. So kommt es, daß zahlreiche körperlich und geistig normale blinde Frauen, die schaffensfreudig sind, im besten Alter in Siechenhäuser untergebracht werden. Doch vom entwürdigenden Drucke der Wohltätigkeit „befreit“ sie allmählich das Kapital, indem es ihnen neue Erwerbsgebiete eröffnet. So sind blinde Frauen und Mädchen nicht nur in der Bürstenmacherei und Stuhlflechterei tätig, sie finden auch Beschäftigung in Emaille- und Blechwarenfabriken, in der Zigarrenmacherei, den Konservenfabriken, der Knopffabrikation usw.

Eine der vielen auf dem Dresdener Kongress gestellten Forderungen verlangt, daß in Blindeninternaten nur schwachsinrige, körperlich sehr zurückgebliebene oder solche Blinden untergebracht werden, die einer besonderen Pflege bedürfen. Alle körperlich und geistig normalen Blinden dagegen sollen in Privatpensionen kommen, wo sie so lange zu verbleiben haben, bis ihr Unterricht oder ihre Ausbildung beendet ist. Des weiteren forderte der Kongress, daß für alle bildungsfähigen Blinden geschlechtlich geregelter Fortbildungsunterricht geschaffen werde. Im September 1908 sprach sich ein Blindenlehrerkongress für gründliche Ausbildung der blinden Mädchen in der Haushaltung aus, um ihnen im Falle ihrer Verheiratung die Möglichkeit zu geben, selbst die Wirtschaft zu führen. Dies ist um so notwendiger, als der meist geringe Verdienst der Blinden sie ganz auf sich selbst anweist.

Viele Forderungen sozialer Fürsorge, die der Blindentag in Dresden auch im Interesse der blinden Frau gestellt hat, werden ihre Erfüllung erst finden, wenn die arbeitenden Massen durch Ausdehnung ihrer politischen Rechte mehr Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten erlangen; andere wird nur der Sozialismus verwirklichen. Er wird nicht allein durch eine weitgehende Sozialhygiene die Zahl der Blinden verringern, sondern die Blinden ebenso wie die Sehenden in einem erhöhten Maße an dem Leben der Gesellschaft, an ihren Kultur- und Glücksgütern teilnehmen lassen. Es ist daher im Interesse der blinden Frauen und Mädchen, sich ihren nicht nur körperlich, sondern auch geistig sehenden Genossinnen anzuschließen, die in den Reihen der Sozialdemokratie für eine bessere und hellere Zukunft kämpfen. ed.

### Kellnerinnenfrage.

Wie Sklavinnen werden die Aushilfskellnerinnen gemustert, ehe sie angestellt werden. Das zeigt ein Fall, der sich in einem Nürnberger Bureau zutrug, das Aushilfskellnerinnen für die Stadt und die umliegenden Ortschaften vermittelt. Im Bureau melden sich wohl immer viel Arbeitsuchende, aber nicht immer zählen sie zu dem „feinen auserlesenen Material“, das das Bureau liefern soll. An einem Sonntag harpte eine Anzahl Aushilfskellnerinnen im Nachweis, daß die Klingel des Telephons ihnen Beschäftigung melden würde. Endlich ertönte sie. Eine junge Frau — es sind meist junge Frauen, die der lerge Verdienst des Mannes zwingt, des Sonntags als Aushilfskellnerinnen einige Pfennige zu verdienen — war schon hocheifreut, einen Posten zu bekommen. Aber o weh! Die Natur hatte ihr nicht verliehen, was sie dazu benötigte. Der Restaurateur verlangte eine „fische Kellnerin, die ein großes Herz haben muß“. Beschämt mußte die junge Frau zurücktreten, da sie nur ein kleines Herz hatte, und dieses nicht aufgepolstert war. Eine andere Aushilfskellnerin hatte zwar das gewünschte „große Herz“, wurde aber von dem Restaurateur wieder fortgeschickt, weil ihr ein Zahn fehlte. Noch mehr derartige Fälle könnten angeführt werden. Der Verdienst der Aushilfskellnerinnen steht durchaus nicht immer im Verhältnis zu der Arbeit, die sie zu leisten haben. Wenn das Geschäft drängt, so müssen sie oft Hunger leiden und sich mit einem belegten Brötchen als Mittagmahl begnügen. Hinein in die Organisation, muß es für sie heißen. Nur vereint können sie sich dagegen wehren, daß die Privatvermittlerinnen ihnen das Geld aus der Tasche ziehen und sie wie Sklavinnen ausmustern, können sie sich dagegen wehren, daß Wirte ein großes Herz von ihnen fordern und sie zu Lockmitteln für die Gäste erniedrigen.

Verbot des Kellnerinnenberufes. Zu der Notiz in Nummer 19, welche die Kellnerinnenfrage behandelt, sendet uns Frau Camilla Zellinek unter recht überflüssiger Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung:

„Es ist unrichtig, daß ich, wie es in der letzten Nummer vom 21. Juni Ihres Blattes heißt, von der Ansicht ausgehe, daß

die Kellnerinnen die Verföhrerinnen der Studenten und so vieler braver Ehemänner sind und daß sie auf diese Weise dazu beitragen, das deutsche Familienleben zu zerstören. Ebenso ist es unrichtig, daß ich jemals in Schrift oder Wort „über die moralischen Qualitäten der Kellnerinnen mich enttäuscht“ hätte.

Richtig ist vielmehr, daß ich sowohl in der erwähnten Schrift wie aus dem erwähnten Frauentag nur von den Gefahren gesprochen habe, denen die Kellnerin selbst ausgesetzt ist, und wegen dieser Gefahren, die selbst bestehen bleiben würden, wenn die einzelnen wirtschaftlichen Mißstände beseitigt werden könnten, das gesetzliche Verbot der weiblichen Bedienung im Gastwirtsgewerbe fordere. Es ist aber nicht richtig, daß ich „die gänzliche Entfernung der Kellnerinnen aus dem Wirtsgewerbe“ fordere.

Richtig ist dagegen, daß ich für Orte unter 5000 Einwohner, für Wirtschaften ohne Alkoholausschank und für die Ehefrauen der Wirte Ausnahmen gemacht wissen will und ebenso die Zulassung aller Kellnerinnen, die beim in Kraft treten des Gesetzes schon im Veruse ständen.

Wir überlassen es unserer Mitarbeiterin in Bayern, in der nächsten Nummer diese Einsendung zu beantworten. Heute nur so viel, daß Frau Zellinek auch an den „Vorwärts“ eine Berichtigung einsandte, weil dieser in dem gleichen Sinne wie wir über ihre Stellungnahme geschrieben hatte. Bei der Polemik hat jedoch die Heidelberger Frauenrechtlerin nichts weniger als glänzend abgeschnitten.

### Frauenstimmrecht.

I. K. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter zum preussischen Landtag, wie auch eine neue gerechte Wahlkreiseinteilung forderte eine Petition, welche Frau Cauer, die radikale Frauenrechtlerin, an das Dreiklassenhaus gerichtet hatte. Die Behandlung, welche die Forderung hier erfuhr, ist typisch für die Stellung der Parteien zur Forderung des Frauenwahlrechts. Einzig und allein die sozialdemokratische Fraktion handelte unzweideutig und entschieden als Anhängerin des Frauenstimmrechts. Ihr Redner, Genosse Liebknecht, beantragte nach einer scharfen Abrechnung mit dem Geldsackwahlrecht und seinen Schützern, daß die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen würde. Schmähschreiben wiederum die freisinnigen Freunde der radikalen Frauenrechtlerinnen das Frauenstimmrecht preis. Im Namen der freisinnigen Volkspartei trat Rosenow lediglich dafür ein, daß das Abgeordnetenhaus die Eingabe der Regierung als Material überweisen solle. Mit anderen Worten: diese Partei der Rechts- und Freiheitsfreunde wertete die erhobene Forderung gerade hoch genug, um sie im Alterschrank der Regierung verstauben zu lassen. Und zwar gerade wegen des geheißenen Frauenstimmrechts. Abgeordneter Rosenow erklärte mit dürren Worten, auch seine Partei würde für die Berücksichtigung der Petition sein, wenn sie nicht die Forderung des Frauenwahlrechts enthielte, die in absehbarer Zeit nicht durchzusetzen sei. Das glauben wir gern, wenn sie keine anderen Verfechter als diese freisinnigen Helden aus Papppe haben würde. Die Verleugnung des Frauenstimmrechts durch die Freisinnigen ist um so kennzeichnender und schmähschlicher, als die Herren ihr nicht einmal durch Berufung auf das berühmte Gebot taktischer Klugheit auch nur den Schein einer Verechtigung verleihen können. Sie wußten, daß dieses Haus der Schande die Petition mit oder ohne das Frauenstimmrecht ablehnen würde. Und so kam es. Der Antrag der Sozialdemokraten erhielt nur deren eigene Stimmen, der Antrag der Freisinnigen aber wurde mit den Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums abgelehnt. Durch Übergang zur Tagesordnung erklärte die preussische Verhöhnung eines Parlaments die Petition für erledigt. Diese hat trotzdem ein Gutes gehabt: sie hat die freisinnigen Karikaturen von Vertretern des Frauenstimmrechts in ihrem Nichts gezeigt.

I. K. Für die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Dänemark ist die sozialdemokratische Partei des Landes neuerlich eingetreten. Sofort nach der Eröffnung der außerordentlichen Session des dänischen Reichstags hat sie einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine durchgreifende Reform der Verfassungsbestimmungen über das Wahlrecht enthält. Diese Reform soll folgenden Forderungen gerecht werden: 1. Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts, das noch für die Erste Kammer, das Landesthing, besteht. 2. Unbeschränkte Durchführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. 3. Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und die Dienstleute. 4. Herabsetzung des Wahlrechtsalters, das jetzt erst mit dem 30. Lebensjahr beginnt. Bei den letzten Wahlen zum Folkething haben die meisten Abgeordneten der verschiedenen Parteien auf Befragen der Frauenorganisationen erklärt, daß sie für

das Frauenstimmrecht seien. Halten die bürgerlichen Politiker, was sie damals versprochen haben, so ist dem sozialdemokratischen Antrag eine Majorität sicher.

I. K. Fortschritte der Bewegung für das Frauenwahlrecht in Italien. Eine Delegation von Frauen aller Klassen und Berufe, von Fräulein Labriola geführt, interpellierte kürzlich den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti über die Stellung der Regierung zur Forderung des Frauenwahlrechts. Wie wir seinerzeit berichteten, ist schon vor mehr als zwei Jahren eine parlamentarische Kommission damit beauftragt worden, die Frage zu prüfen, ob den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeinderäten und anderen verwaltenden Körperschaften zu verleihen sei. Giolitti erklärte, die Arbeiten der Kommission seien noch nicht beendet. Er selbst stehe der Forderung des Frauenwahlrechts sympathisch gegenüber, halte aber dessen stufenweise Einführung für geboten. Fräulein Labriola trat dieser Auffassung entgegen. Sie verwies darauf, daß die Frauen aller Bevölkerungsschichten in Nord- wie in Südbitalien gleichermaßen ihre politischen Rechte fordern, und daß sie reif seien, sie auszuüben.

### Frauenbewegung.

Frauenrechtlerische Konsequenz. In Weimar besteht ein Zweigverein der Organisation Frauenbildung—Frauenstudium, der ab und zu, wenn auch sehr selten, Anfälle normaler Frauenrechtsforderungen bekommt. Der Verein hat schon ein paarmal durch schüchternere Versuche den Anschein erweckt, als ob er wirklich den Mut habe, für eine Erweiterung der Frauenrechte einzutreten. Die Mitgliedschaft der Organisation rekrutiert sich nur aus einem kleinen Kreis Angehöriger der sogenannten „besseren Stände“. Auch Männer gehören ihr als Mitglieder an. Soweit die Politik in dem Verein eine Rolle spielte, war sie antisemitisch-konservativer Richtung, wie sie im allgemeinen dem weimarschen Hof- und Staatsbeamtentum gestattet ist. Jüngst hatten nun die „entschiedenen“ Liberalen ihr Neß nach dem Verein ausgeworfen. Eine Vorstandsdame, Fräulein Dr. v. Lengefeld, hatte zugesagt, im liberalen Verein einen Vortrag über „Die Beteiligung der Frau an der Kommunalpolitik“ zu halten. Die Liberalen legten sich mächtig ins Zeug und machten für diese Versammlung die nötige Reklame. Jedoch der Vortrag fand nicht statt. Fräulein Dr. v. Lengefeld hatte im letzten Augenblick abgeschrieben, da auf sie von der Leitung des Vereins Frauenbildung—Frauenstudium eingewirkt worden sei, dieses Referat im liberalen Verein nicht zu halten. Das Fräulein Doktor soll während der Blockära manchmal etwas liberal geschillert haben, wie das um jene Zeit gestattet war. Nun aber die Absage an die braven Liberalen, die doch so zahm sind, daß sie alles vermeiden, was oben anstoßen könnte. Das Vorkommnis hat die Liberalen stark verschupst. Sie jammern über die bewiesene Unduldsamkeit und vergessen dabei, daß es in ihren eigenen Reihen Personen gibt, die ihre Mitwirkung in unpolitischen Vereinen davon abhängig machen, daß die Versammlungen nicht im „Volkshaus“ abgehalten werden, wo die Veranstaltungen der Organisationen stattfinden, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. An dem Vorgang mit seinem Drum und Dran sieht man wieder einmal, was man von der bürgerlichen Frauenrechtelei zu halten hat. B.

### Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Zur Assistentin an der königlichen biologischen Versuchstation für Fischerei der Tierärztlichen Hochschule in München ist Fräulein Dr. Marianne Plehn etatsmäßig und mit Beamtenqualität angestellt worden. Es ist das erstmal, daß in Deutschland eine Frau diesen Posten bekleidet.

Die Anstellung einer Polizeiaffistentin in Wien steht in sicherer Aussicht. Der Allgemeine österreichische Frauenverein hatte an das Polizeipräsidium der Stadt eine Eingabe gerichtet, in welcher er um die Anstellung einer solchen Beamtin ersuchte. Zur Begründung seiner Forderung verwies er darauf, daß die vom Polizeipräsidium geplanten neuen Maßnahmen zur Jugendfürsorge am wirksamsten durch eine weibliche Kraft durchgeführt werden könnten. Die Behörde antwortete darauf, daß die Eingabe sich mit ihren eigenen Absichten decke, und daß zunächst eine weibliche Kraft provisorisch angestellt werden solle.

Als Polizeiaffistentin in Göteborg (Schweden) soll eine Frau angestellt werden.